188. Dienstag, den 14. August 1866. 188.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 14. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichtsrath Steiner zu Bocholt den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Seconde-Lieutenant a. D. Lucke, bisher Feldwebel-Lieutenant im Kadettenhause zu Berlin, dem Konsul Kohmann und dem Kaufmann Baars, beide zu Bergen in Norwegen, den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Hauptzollamts-Rendanten, Rechnungsrath Kogel zu Malmedy den Königlichen Kronenorden vierter Klasse, so wie dem Schullehrer Wiese zu Rübehorst im Kreise Ruppin und dem emeritirten Schullehrer und Küster Schimmelpfennig, früher zu Reselkow im Kreise Fürstenthum, gegenwärtig zu Neisse, den Adler der vierten Klasse des Königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Florenz, 13. August. Oestreich hat sich bereit erklärt, die Friedensverhandlungen mit Italien auf direktem Wege zu führen. Die italienischen Bevollmächtigten werden im Stande sein, gleichzeitig einen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oestreich und Italien abzuschließen. Italien ist fortdauernd in vollständigem Einvernehmen mit Frankreich und Preußen und wird in Betreff der Grenzregulirung Veneziens durch Frankreich, England und Preußen unterstützt. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß die noch schwebenden Fragen auf friedlichem Wege eine zufriedenstellende Lösung finden werden. Eine befriedigende Ordnung der Grenzfrage würde jeden Grund zu künftigen Verwickelungen zwischen Italien und Oestreich beseitigen, die in gleicher Weise guter Handelsbeziehungen und einer inneren Reorganisation bedürfen.

Die „Nazione" glaubt, die Verhandlungen zwischen Italien und Oestreich werden gleichzeitig mit denen zwischen Preußen und Oestreich in Prag stattfinden.

Berlin, 14. August. Nach der heutigen „Spenerschen Zeitung" sollen die Friedensverhandlungen mit Württemberg und Baden dem Abschlusse nahe, dagegen die Verhandlungen mit Bayern wegen hervorgetretener Differenzen in Stillstand gerathen sein, so daß mit Waffenstillstandsablauf am 22. d. M. der Wiederbeginn des Krieges gegen Bayern einträte, falls bis dahin die Situation unverändert bliebe.

Paris, 13. August. Der heutige „Abendmoniteur" schreibt: Die „Times" entdeckt in Ankäufen von Pferden und Salpeter Kriegsabsichten Frankreichs. Der Pferdeankauf würde jedoch nur wegen der Konkurrenz mit Fremden beschleunigt, weil während des Krieges 20,000 Pferde ausgeführt seien; der behauptete Salpeterankauf sei unwahr. Der beste Beweis für die Friedensabsichten des Kaisers sei die Entlassung der Altersklasse 1859. Mac Mahon sei nur aus Veranlassung des Todes seines Schwiegervaters zurückgekehrt.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 13. August. [Zur französischen Angelegenheit; zur Annexion.] Die französische Angelegenheit scheint ja jetzt in ein friedlicheres Stadium getreten zu sein, wie wir es von Anfang an erwartet haben, denn wir haben immer darauf hingewiesen, daß gar nichts vorliege, woraus gefolgert werden könne, daß Frankreich jetzt nach Ländererwerb strebe. Unsere Ansicht wird von dem telegraphisch gemeldeten Artikel des „Constitutionnel" bestätigt, welcher sagt, daß die Verhandlungen mit Preußen sich nur auf freundschaftlichstem Boden bewegten, und Frankreichs wahres Interesse ja nicht darin liege, ein unbedeutendes Territorium zu erwerben, sondern Deutschland zu unterstützen, damit dieses sich eine solche Gestalt gebe, wie sie dem eigenen Interesse und dem Europas am günstigsten sei. Ein anderes Handeln verbietet sich ja auch schon durch den Umstand, daß der Kaiser die Rolle eines friedlichen Vermittlers übernommen, so daß er für eine derartige Vermittlung doch keine Entschädigung beanspruchen könne. Sehr richtig macht auch der „Globe" darauf aufmerksam, daß die französische Vermittelung grade Oestreich zu Gute gekommen sei; ohne dieselbe wären die Preußen in wenigen Tagen in Wien, München und Stuttgart gewesen; also nicht Preußen, sondern Oestreich habe der Vermittelung bedurft, also habe auch der Kaiser von Oestreich, nicht der König von Preußen für geleistete Dienste zu danken. Diese Ansicht hat viel für sich.

Die Ernennung des Gen.-Lieut. v. Voigts-Reetz zum Gouverneur von Hannover bestätigt sich; es ist dies nicht nur ein ausgezeichneter Militär, sondern auch sonst ein Mann von großer Begabung und geschickt in der Handhabung der Geschäfte. Derselbe ist schon in Hannover eingetroffen und wird mit seinem Amtsantritt eine ernstere Heranziehung der Kräfte des Landes und namentlich der Beamten zu den ihnen obliegenden Pflichten stattfinden. Die Beamten selbst werden sich in Kürze zu entscheiden haben, welche Stellung sie zu Preußen einnehmen wollen. Uebrigens ist die Frage in Hannover, wo das ganze Land im Besitz Preußens ist, viel einfacher als in Oberhessen und die Forderung der preußischen Regierung eine ganz klare, eigentlich selbstverständliche. Anders in Oberhessen, aber auch hier wird die Regierung nicht dulden, daß die Beamten fortfahren, sich als Organe der früheren Regierung zu betrachten, sie ist es sich, den Opfern, die der Krieg gekostet, und den neu erworbenen Ländern selbst schuldig, hierin mit aller Energie vorzugehen. In Nassau haben die preußischen Behörden eine vollständige Enarchie vorgefunden, alle Kassen waren geleert, alles Werthvolle mitgenommen, alles bewegliche Eigenthum, für 1 Million Werthpapiere, für 300,000 Gulden Wein, selbst das Landesgestüt mitgeschleppt. Der bürgerliche Kern der Bevölkerung hofft nun mit großer Entschiedenheit auf die Annexion, nur die östreichisch gesinnte Hofpartei ist dagegen; wenn aber die Einverleibung erst publizirt sein wird, wird sich grade hier Alles leichter machen, als anderswo. Was nun die bayrischen Länder betrifft, so ist zwar für jetzt noch nicht von einer Annexion Baireuths die Rede, aber auch hier ist die Stimmung dafür sehr günstig; die Demarkationslinie umfaßt den ganzen oberfränkischen Kreis mit Ausnahme der Gegend von Bamberg, dagegen aber mit Einschluß eines wichtigen Stückes des mittelfränkischen Kreises, nämlich die Stadt Nürnberg mit der ganzen Umgegend, einem großen Theile des ehemaligen Kreises.

Hier sind die Beamten sämmtlich in Funktion geblieben und haben den okkupirenden Truppen keinen Widerstand entgegengesetzt, sie haben den Forderungen der Behörden entsprochen. In diesem Theil des nördlichen Bayerns nämlich, der dem fränkischen Volksstamme angehört und zu Bayern erst seit 1805 und 9 gekommen ist, ist die Stimmung durchaus für die Annexion, denn zu den alten historischen Erinnerungen, welche in den anspachschen und bayreuthischen Landestheilen wieder lebendig werden, kommen noch konfessionelle Sympathien. Dieselben üben auch in Nürnberg ihre Kraft, wenngleich hier keine historischen Erinnerungen für uns sprechen, und dazu kommen noch die höchst wichtigen materiellen Interessen, welche Nürnberg entschieden auf Norddeutschland weisen. Wir hoffen, dieselben werden sich Geltung verschaffen.

— Wie aus dem Würzburgischen gemeldet wird, war am 1. d. M. folgendes Telegramm Sr. Maj. des Königs von Preußen an den General v. Manteuffel eingegangen: „Ich beauftrage Sie, den Truppen der Main-Armee Meine volle Zufriedenheit über die von ihnen an den Tag gelegte Tapferkeit und Hingebung auszudrücken. Ich sage den Generalen, Offizieren und sämmtlichen Mannschaften Meinen Königlichen Dank. Mit mir senden die Truppen der Armee in Böhmen, Mähren und Oestreich den preußischen und deutschen Waffenbrüdern der Main-Arme ihren kameradschaftlichen Gruß und Glückwunsch."

— Die „Nordd. Allg. Z." schreibt:

Der Bündnißvertrag, welcher von Preußen den ihm befreundeten deutschen Regierungen vorgelegt wurde, ist von den Bevollmächtigten derselben theils schon unterzeichnet, theils wird dieser Akt in den nächsten Tagen stattfinden. Wir bemerken dabei in Veranlassung einer Depesche der „B. B. Zeitung" aus Koburg, daß nicht die Verträge selbst, sondern nur die Ratifikations-Urkunden, von den Souveränen, unterzeichnet werden.

Die Vorbereitungen zu den in Aussicht genommenen Annexionen sind, sicherem Vernehmen nach, in ununterbrochenem Gange. Die in einigen Blättern ausgesprochene Besorgniß, daß ihrer Ausführung von verschiedenen Seiten her Gefahr drohe, ist eine ganz unbegründete, vielmehr dürften noch in dieser Session dem Landtage von der Regierung die auf die bevorstehenden Erweiterungen des preußischen Staatsgebiets bezüglichen Vorlagen gemacht werden.

— Wie die „B. B. Z" hört, ist es nun dennoch beschlossen worden, die noch ungedeckte Summe der Kriegskosten in Höhe von circa 60 Mill. Thaler durch Aufnahme einer neuen Anleihe zu decken. Wir werden die näheren Emissionsbedingungen wohl schon binnen Kurzem mitzutheilen in der Lage sein und bemerken heute nur, daß es sich dem Vernehmen nach um eine 4½ % Anleihe handelt.

— Die heutige „N. Pr. Ztg." äußert sich in Bezug auf die französischen Ansprüche in nachstehender Weise:

„Die von uns in der letzten Nummer erwähnten Aeußerungen einiger Pariser Blätter über gewisse Ansprüche, welche die französische Regierung auf deutsches Gebiet gemacht habe, sind in mehreren Zeitungen durchaus falsch aufgefaßt worden. Von Forderungen, die Frankreich gestellt hätte, ist hier gar nichts bekannt; noch weniger denkt man gar an einen Krieg zwischen Preußen und Frankreich, den manche Blätter schon kurzweg als nahe bevorstehend betrachten. Nach zuverlässigen Nachrichten, die wir aus Paris haben, ist die ganze Angelegenheit von der preußenfeindlichen Presse in Frankreich nur absichtlich so dargestellt worden, als ob irgend welche Forderungen an Preußen gestellt oder gar Drohungen ausgestoßen wären. Kein Wort ist wahr daran und in Berlin liegt nichts dieser Art vor.

— Der heutige „Staats-Anzeiger" enthält nachstehende Erklärung:

„In verschiedenen Zeitungen ist ein angeblich über Paris nach Triest am 10. d. Mts. gelangtes Telegramm enthalten, welches die Nachricht bringt, daß in den mexikanischen Gewässern ein Gefecht zwischen der preußischen Korvette „Vineta" und der östreichischen Korvette „Dandolo" stattgefunden habe.

Die „Vineta" war am 13. Juni noch bei Valparaiso (Westküste von Südamerika), und gingen Berichte derselben, von diesem Tage datirt, hier am 1. August ein. Postsachen von dort haben allemal 48 bis 49 Tage gebraucht.

Die östreichische Korvette „Dandolo" war aber in den mexikanischen Gewässern (also an der Ostküste von Central-Amerika) stationirt, und ist nicht anzunehmen, daß dieselbe nach der Westküste gegangen sei, ohne daß es durch die Zeitungen hier bekannt geworden.

Es wird der obigen Nachricht mithin so lange kein Werth beizulegen sein, bis von Sr. Majestät Schiff „Vineta" Berichte eingegangen sein werden."

Berlin, den 13. August 1866.

Von Seiten des Ober-Kommandos der Marine.
Der Chef des Stabes.
Heldt, Kapitän zur See.

— In Beziehung auf die Zukunft Luxemburgs schreibt die „Triersche Zeitung":

Uns wird aus Luxemburg, 9. August, geschrieben: „Um dem beängstigenden Gefühle, welches die Bevölkerung unseres Großherzogthums ob ihrer politischen Zukunft beschleicht, äußeren Ausdruck zu geben, ist es mehrfach angeregt, an den König-Großherzog Sturmadressen zu richten, damit das ganze Land im Voraus bekunde, es wolle keinen Regenten- und Regierungswechsel, namentlich keinen Anschluß an Frankreich. Der zur deutschen Seite liegende Theil des Großherzogthums ist nicht gegen eine Annexion durch Preußen, weil nach dem Beitritte des luxemburgischen Landes zum deutschen Zollverein der preußische Grenzverkehr der nächstgelegenen luxemburgischen Gegend wesentliche materielle Vortheile gebracht hat. Gerade diese Gegenden erblicken in einem Anschlusse des Großherzogthums an Frankreich unter allen Umständen einen Rückgang ihrer Wohlfahrt, weil alsdann die sich bildende Zollgrenze ihren vortheilhaften Verkehr mit Preußen außerordentlich hemmen würde. Man begegnet jetzt von Tag zu Tag mehr und mehr der Einsicht, daß Luxemburg das Opfer sei, welches Deutschland für Frankreichs Neutralität zu bringen hat. Soll kein Fuß deutschen Landes verloren gehen, so erfordert es das Bewußtsein der deutschen Zusammengehörigkeit, daß die deutsche Nation diesem westdeutschesten Staate jetzt seine volle Aufmerksamkeit zuwendet. Die Befürchtung, daß Luxemburg vielleicht bald ein französisches Departement bilden wird, wirkt lähmend auf den Geschäftsbetrieb unseres Landes."

Auch für die diesseitige Geschäftsthätigkeit ist die vorschwebende Eventualität, daß zwei Stunden von hier die Grenze Frankreichs sein wird, durchaus nicht vortheilhaft.

— Aus Noerdlingen vom 10. August wird gemeldet, daß das 8. Bundeskorps durch Tagesbefehl des Prinzen Alexander von Hessen aufgelöst worden ist."

— Der Feldmarschall Graf v. Wrangel feiert am 15. d. sein 70jähriges Dienst-Jubiläum. Dem Vernehmen nach will der Feldmarschall den Tag in aller Stille verleben.

— Mit Bezug auf die Verzichtleistung des Herrn Grabow auf die Präsidentschaft hört die „N. Pr. Z.", daß der Abg. v. Vincke-Olbendorf ihn dazu bestimmt hat.

— Die „Korrespondenz St.-A." giebt ihren Lesern heute einen Abriß von dem Lebensgange des gestern gewählten Präsidenten der Zweiten Kammer, Max v. Forckenbeck. Herr v. Forckenbeck steht im 45. Lebensjahre und seine äußere Persönlichkeit läßt ihn sogar bedeutend jünger erscheinen. Er ist hoch gewachsen, von beweglicher, zur Fülle neigender Figur; eine liebenswürdige Bonhomnie prägt sich in seinem ganzen Wesen aus, wie denn auch in seinem Gesichtsausdruck Intelligenz und ausdauernde Aufmerksamkeit sich mit einem wohlwollenden Lächeln glücklich verbinden; sein Kopf ist von vollem, blondem Haare bedeckt. Max v. Forckenbeck ist zu Münster in Westfalen geboren, ein Sohn des Appellations-Gerichts-Chef-Präsidenten von Forckenbeck, gewesenen Mitgliedes der Ersten Kammer. Er absolvirte seine juristischen Studien auf den Universitäten zu Gießen und Berlin, machte hier 1847 sein Staats-Examen und betrat fast gleichzeitig mit seiner amtlichen auch seine politische Laufbahn als Präsident des demokratisch-konstitutionellen Vereins zu Glogau. Im Jahre 1849 wurde von Forckenbeck als Rechtsanwalt nach Ostpreußen versetzt. Seitens des Mohrunger Wahlkreises wurde er im Jahre 1858 in das Abgeordnetenhaus gewählt. Von da ab liegt sein öffentliches Leben vor dem Gedächtnisse der Leser.

— Am 10. August starb auf dem Schlosse zu Rheda in Westfalen die Fürstin Agnes zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, geb. Prinzessin zu Sayn-Witgenstein-Hohenstein.

— Die Ziehung der von dem „König Wilhelm-Vereine" veranstalteten Lotterie zur Unterstützung preußischer Krieger und deren zurückgebliebenen Familien wird am 28. und 29. d. M., von früh 7 Uhr ab öffentlich im Ziehungssaale der königlichen General-Lotterie-Direktion stattfinden.

Glogau, 10. August. Das 5. Armeekorps ist von sämmtlichen Armeekorps ausersehen, zuerst in die Heimath dirigirt zu werden. Die Regimenter sollen vorläufig die alten Garnisonen beziehen; das 58. Regiment kommt definitiv nach Glogau, das 37. Regiment wird vom Korpsverbande abkommandirt und kommt nach Hannover, das 38. Regiment soll dem 6. Armeekorps einverleibt bleiben.

Baiern. München, 10. August. Der östreichische Gesandte an unserm Hofe, Graf Blome, hat vor Kurzem sich in Wien einen dreimonatlichen Urlaub erbeten und denselben in aller Stille bereits angetreten. Der Graf ist nach England und dürfte, nachdem seine Stellung hier aus naheliegenden Gründen sehr schwierig geworden ist, kaum mehr auf seinen hiesigen Posten zurückkehren.

Würzburg, 9. August. Der „Asch. Ztg." schreibt man von hier „Da die auf der Festung kasernirten Legionäre sich durchaus nicht den militärischen Ordres fügen wollten, so sah sich die königl. Stadt- und Festungs-Kommandantschaft zur Publicirung des Standrechts veranlaßt."

Hannover, 10. August. Die Königin bereitet sich zur Abreise von Hannover vor, da sie einen Wink erhalten hat, es seien Ereignisse im Anzuge, bei welchen sie besser nicht Zeuge sein würde, da sie ihre Gefühle verletzen könnten.

Sachsen. Dresden, 6. August. Trotz Waffenstillstand und Friedenspräliminarien werden die Verschanzungen unserer Stadt zur wachsenden Bestürzung der Einwohner fortgesetzt. Zu den früher erwähnten Schanzen am Lämmchenvorwerk, dem Dohna'schen Schlag und dem Annenkirchhof steigt ein neues Bollwerk auf der „Vogelwiese" empor. Soviel sich für den Laien übersehen läßt, liegt der Plan der französischen Verschanzungen von 1813 zu Grunde, erfährt aber beträchtliche Erweiterungen. Der „Große Garten" ist von Laufgräben durchzogen, auch sonst sind die Schanzarbeiter aller Orten in Thätigkeit. Es ist nicht länger zu verkennen, daß diese Befestigungen die Grundlage zu bleibenden bilden sollen, und daß wahrscheinlich die Wandlung Dresdens in einen preußischen Waffenplatz eine der härtesten Bedingungen des nach den Präliminarien zwischen Preußen und Sachsen zu schließenden Separatfriedens sein wird. Die Verhältnisse Dresdens sind solcher Natur, daß sie eine dauernde Befestigung ohne den völligen Ruin der Stadt nicht ertragen. Dresden ist durch seine Lage, seine Kunstschätze, durch die Annehmlichkeiten eines freien und edeln Lebensgenusses ein Anziehungspunkt für Tausende von dauernden Bewohnern und Tausende von Fremden geworden. Verwandelt es sich zu einer Festung, einer Festung obenein, zwischen deren Besatzung und den Einwohnern dauernde Entfremdung herrschen muß, so ist kaum abzusehen, wie die Stadt auch nur eine ihrer Lebensbedingungen erhalten soll. Selbstverständlich wird sächsischerseits Alles gethan werden, dieses Aeußerste von uns abzuwenden. (A. Z.)

Hamburg, 13. August, Vormittags. Gegenüber den aus Triest verbreiteten Nachrichten von einem Gefecht zwischen der preußischen Korvette „Vineta" und der östreichischen Korvette „Dandolo" theilt die heutige „Börsenhalle" mit, daß die „Vineta" laut Briefen aus Valparaiso bereits am 10. Juni, also ohne einen Kampf bestanden zu haben, dort angelangt war und sich in den mexikanischen Gewässern gar nicht aufgehalten hatte. (s. oben).

Hessen. Darmstadt, 10. August. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, wird zufolge der gestern in Frankfurt geführten Unterhandlungen in den nächsten Tagen unsere Armeedivision von Nördlingen, ihrem heutigen Hauptquartier, durch die Eisenbahn über Heidelberg nach Rheinhessen befördert werden. Der Waffenstillstandsvertrag

enthält andere Bedingungen. — Die Abreise des Prinzen Ludwig nach Berlin, welche gestern erfolgen sollte, ist verschoben worden.

Kassel, 10. August. Die soeben ausgegebene Nummer des Gesetzblattes enthält einen höchst wichtigen Erlaß des Generalgouverneurs und des Administrators des Kurfürstenthums Hessen vom gestrigen Tage, die obere Leitung des Postwesens betreffend. Hiernach wird bestimmt, daß, nachdem die fürstl. Thurn- und Taxissche General-Postdirektion zu Frankfurt a. M. unter die Kontrole und Oberleitung der k. preußischen Administration der okkupirten Länder gestellt worden ist, mit Verkündigung dieses Erlasses die für das Kurfürstenthum Hessen durch Verordnung vom 29. Juni 1816 eingesetzte General-Postinspektion zu Kassel außer Wirksamkeit tritt. Die Funktionen derselben, soweit sie die specielle Verwaltung und den Betrieb des Postwesens betreffen, gehen auf den k. Administrator der General-Postdirektion über. Hiermit wäre denn wohl auch — meint das „Frankf. Journ." die Landplage des Erb-Mann-Thron-Lehns des Fürsten von Thurn und Taxis glücklich beseitigt.

Homburg, 8. August. Nr. 1. des „Regierungsblattes für das Landgrafenthum Hessen und die Großherzogl. Hessiche Provinz Oberhessen" enthält folgende Verordnung:

Auf Befehl des k. preußischen Civil-Kommissars, Hrn. Landrath v. Briesen, fordern wir hiermit sämmtliche uns unmittelbar untergebene Beamten des Landgrafenthums Hessen und der großherzogl. hessischen Provinz Ober-Hessen auf, den nachstehend im Formular abgedruckten Revers sofort auszustellen und anher einzusenden, so wie denselben von den ihnen untergeordneten Beamten und öffentlichen Dienern ausstellen zu lassen und hierüber innerhalb der nächsten vierzehn Tage, unter Angabe des Namens der betreffenden Beamten und des Datums der geschehenen Ausstellung, berichtliche Anzeige an uns zu erstatten. Homburg, den 5. August 1866. Die Landes-Regierung. Fenner. vdt. W. Müller.

Das Formular zu dem oben erwähnten Revers lautet: „Wir erklären uns bereit, den Anordnungen der k. preußischen Administration, unbeschadet des dem Allerh. Landesherrn geleisteten Diensteides, unter den obwaltenden Umständen — unweigerlich nachzukommen und Alles zu unterlassen, was die Interessen der k. preußischen Regierung beeinträchtigen könnte."

Frankreich.

Paris, 11. August. Heute war Ministerrath in St. Cloud; der Kaiser präsidirte, die Kaiserin war auch zugegen. Auch die Minister des Innern und der Justiz trafen aus Vichy ein. Ebenso ist Benedetti von Berlin, der hierher berufen ward, heute hier angelangt, und auch Grammont von Wien, Moustier von Konstantinopel werden noch vor Ende dieses Monats hier erwartet; nicht minder hat Talleyrand, der französische Botschafter in Petersburg, einen Urlaub erhalten, den er zu einer Reise nach Paris benutzen soll. Daß wichtige diplomatische Berathungen im Gange sind und daß Drouyn de Lhuys, der alte Orleanist, der mit den klerikalen Faiseurs zusammenzugehen pflegt, wo es etwas zu restauriren giebt, alle Federn springen läßt, um den Kaiser in eine Sackgasse zu treiben, lehrt die heftige, ja, hier und da bis zur Rohheit ausgeartete Sprache gewisser Blätter. Die jüngsten Ausfälle des „Memorial Diplomatique" gegen Preußen würden der „Neuen Frankfurter Zeitung" in ihrer Blüthezeit Ehre gemacht haben. Die „France" hofft mit Schadenfreude auf neue Verfassungshändel in Preußen, sie freut sich des „Wiedererwachens der partikularistischen Richtungen in Norddeutschland", wie über die „Proteste der süddeutschen Anhänger der Einheit gegen das, was sie Deutschlands Zerstückelung nennen"; sie weiß auch, daß „England nicht gleichgültig gegen das ist, was in Deutschland vorgeht", und daß „Rußland seine rückhaltende Stellung behält und seine so lange gepflogene Intimität mit Preußen nur zu Gunsten der mit ihm durch Blutsverwandtschaft verbundenen Fürsten benutzt". Die wichtigen Verhandlungen zwischen Frankreich und Preußen will die „France" nur erwähnen, um ihre Leser im Laufenden zu halten, aus Allem aber zieht sie den Schluß, daß dem Geiste der Organisation, Assimilation und Moderation noch ein weiter Raum gegeben ist.

Belgien.

Brüssel, 11. August. Die Kaiserin Charlotte, welche der Graf von Flandern wahrscheinlich von Paris abholen wird, gedenkt ein paar Wochen hier zu verweilen und alsdann auf kurze Zeit nach Wien zu gehen. Es werden Zweifel laut, ob die hohe Frau überhaupt nach Mexiko zurückkehren werde.

Antwerpen, 13. August, 10 Uhr Vormittags. Das Feuer ist stark im Abnehmen; es brennen nur noch Petroleumkeller und scheint die Gefahr für die Stadt beseitigt. An 4000 Faß Petroleum wurden vernichtet. Petroleummarkt ruhig zu Sonnabendspreisen.

Italien.

Florenz, 11. August. Der Waffenstillstand ist heute auf der Basis der gegenwärtigen militärischen Okkupation gezeichnet worden.

Ein hier verbreitetes Berliner Telegramm meldet, Preußen habe Oestreich benachrichtigt, daß es Italien im Besitze Venetiens aufrechthalten werde.

— Garibaldi hat den Freiwilligen gegenüber das Vertrauen ausgedrückt, daß sie die Bedingungen des Waffenstillstandes respektiren und wie bisher den Befehlen ihrer Vorgesetzten Folge leisten würden. — Die Kolonnen der Freiwilligen haben ihren Rückzug in vollkommenster Ordnung bewerkstelligt

— Dem „Mèmorial Diplomatique" zufolge hat Italien Betreffs des Trentino daßhalb so schnell nachgegeben, weil Oestreich ihm gedroht hatte, daß, wenn es bis zum 8. August um Mitternacht die Friedenspräliminarien von Nikolsburg nicht angenommen, die östreichische Armee am 10. bei Tagesanbruch die Feindseligkeiten wieder eröffnen werde. Die italienische Regierung, die außerdem Preußen erklärt hatte, sie könne den Krieg nach der Erwerbung von Venetien nicht weiter fortführen, nahm das Ultimatum an und zog ihre Truppen in das Venetianische zurück. — Das nämliche Journal widerlegt die Nachricht, daß Drouyn de Lhuys eine Depesche nach Rom in Sachen der September-Konvention gesandt habe. Im zufolge tritt dieselbe auch nicht am 25. September, sondern erst am 11. Dezember in Kraft, an welchem Tage es zwei Jahre würden, daß Florenz zur Hauptstadt Italiens erklärt worden sei.

Florenz, 13. August. Nach Berichten aus Padua vom gestrigen Tage hat der Kommandant der Festung den Befehl erhalten, alles bewegliche Kriegsmaterial der Festung vor dem 25. d. Mts. nach Wien befördern zu lassen. Die politischen Gefangenen, welche im Kaiserstaate internirt waren, sind zu ihren Familien zurückgekehrt. Das italienische Personal in der östreichischen Polizei ist verabschiedet worden. — Man sieht die Uebergabe Venetiens an Italien durch die Vermittelung Frankreichs als nahe bevorstehend an.

Menabrea ist gestern Abend nach Paris gereist und soll sich von da nach Deutchland begeben, wo er bei dem Abschluß des Friedens mitwirken wird.

Die amtliche Zeitung giebt die Demarkationslinie an, welche durch den Waffenstillstand festgesetzt ist. Die Schifffahrt auf Kanälen und Flüssen wird freigegeben. Der Waffenstillstand ist auf 4 Wochen festgesetzt, wird aber, wenn keine Kündigung erfolgt, noch weiter fortdauern.

Rußland und Polen.

Petersburg, 13. August. Der Belagerungszustand ist in den dreizehn Distrikten der Gouvernements Witebsk, Mohilew und Minsk aufgehoben. — Der Czar besuchte die in Kronstadt liegende amerikanische Eskadre; auch die Bevölkerung begegnet der Bemannung derselben mit ungewöhnlicher Theilnahme.

□ Aus Polen, 10. August. Die Entlassung polnischer Beamten, die nicht durchaus tüchtig und zuverlässig sind, und die Besetzung der ledig gewordenen Stellen durch Russen sollte, wie schon neulich gemeldet wurde, erst im künftigen Jahre beginnen, scheint aber bereits jetzt im Gange zu sein; denn in den meisten Kreisen haben in den letzten beiden Wochen polnische Beamte, die auf Zeit belassen worden, ihre Demission erhalten und sind Russen an ihre Stellen designirt. — Der Grund, daß die Kreisbehörden nach der neuen Eintheilung noch nicht konstituirt und an den betreffenden Orten etablirt sind, liegt wohl mit darin, daß man diese neu zu errichtenden Kollegien gleich nur mit Russen zu besetzen beabsichtigt, und da diese erst vollständig polnisch gelernt haben müssen, noch nicht derartige Beamte in erforderlicher Zahl vorhanden sein mögen. Der neue Ukas, nach welchem die Geschäftsführung und die Korrespondenz bei den Centralbehörden nur in russischer Sprache gehandhabt werden soll, dürfte hierin sehr erleichternd entgegen kommen und, da ohnehin die polnische Jugend jetzt fast mehr im Russischen als im Polnischen geübt zu werden pflegt, wird es nicht mehr lange hin sein, wo der Pole eben so russisch wie polnisch sprechen kann und der Beamte also mit seinem Russisch vollständig ausreicht und etwa noch höchstens ein Translateur bei den Behörden erforderlich sein wird. Die russische Presse begrüßt diese Ukase so wie die Regelung der Steuern auf russischen Fuß als vorletzte Schritte zur Einverleibung Polens als russische Provinz. — Bereits sind alle Zweige der Verwaltung nach russischem Schnitt geregelt, nur die Post macht hiervon noch eine Ausnahme, wird aber wohl auch bald daran kommen. Daß man mit der Post noch zögert, spricht dafür, daß in Rußland erst noch Reformen mit diesem Institute bevorstehen, nach denen dann die Post in Polen gleichmäßig geregelt werden wird. Ob man in Rußland so wie jetzt in Polen überall wird Extrapost ungehindert nehmen können, oder ob man auch in Polen zu der oft sehr schwierig zu erlangenden Podorozne — obrigkeitliche Extrapost-Erlaubnißkarten — verdammt sein wird, steht abzuwarten. Das Nöthigste wäre und bleibt unter allen Umständen die Einführung der jetzt im ganzen Reiche nicht üblichen Stellung von Beiwagen auf den Hauptkursen.

— Um die Gesetzgebungsarbeiten für das Königreich Polen zu beschleunigen und um die Regelmäßigkeit und Einheitlichkeit in der auf diesen Gegenstand bezüglichen Thätigkeit zu sichern, hat, wie die „Nordd. Post" meldet, der Kaiser dem Mitgliede des Reichsraths, Staatssekretair Miljutin, die Oberleitung der eigenen Kanzlei des Kaisers für die Angelegenheit des Königreichs Polen zu übertragen geruht. In dieser Kanzlei vereinigen sich alle auf das Königreich Polen bezüglichen legislatorischen Arbeiten, wie denn auch von ihr alle Maßnahmen zur Durchführung der unternommenen Reformen ausgehen. Die Kanzlei hat ferner alle Daten zu ermitteln und zu sammeln, welche zu einer richtigen Beurtheilung der Lage und Bedürfnisse des Landes und der Mittel, durch welche die Wohlfahrt desselben ermöglicht wird, nothwendig sind. In allen Geschäften, die bisher in dem Staatssekretariat des Königreichs Polen geführt worden, ist bis zur Organisation regelmäßiger Institutionen im Königreich Polen nach den von Sr. Majestät dem Kaiser angegebenen Grundsätzen auch ferner der bestehende Geschäftsgang einzuhalten. Dem Staatssekretair Miljutin werden alle Pflichten und Rechte übertragen, welche bisher dem Minister-Staatssekretair des Königreichs Polen zugeeignet waren.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

(3. Sitzung vom 13. August.)

Eröffnung $11^1/_4$ Uhr. Die Tribünen sind gut besetzt. Am Ministertisch die Grafen v. Itzenplitz, zur Lippe und v. Selchow, später Graf Eulenburg. Sehr zahlreiche, zum Theil für die Dauer der Session eingebrachte Urlaubsgesuche haben die Bänke des Hauses stark gelichtet.

Präsident Graf Stolberg zeigt den Eingang einer Mittheilung des Präsidenten v. Forckenbeck, betreffend die Konstituirung des Abgeordnetenhauses, an; ferner den Verlust eines zweiten Mitgliedes des Herrenhauses, des Grafen Rothkirch und Trach, der ihm von Anfang an angehört hat und krank aus Mähren zurückgekehrt war, wo er seinen verwundeten Sohn besucht hatte. Das Haus erhebt sich, um sein Andenken zu ehren; außerdem glaubt der Präsident im Sinne des Hauses gehandelt zu haben, wenn er im Namen desselben der Familie des Verstorbenen seine Theilnahme ausgedrückt hat.

Der 16. Bericht der Staatsschuldenkommission für das Jahr 1864 ist veröffentlicht und wird zugleich mit dem 15., über den das Haus noch nicht schlüssig geworden war, der Finanzkommission überwiesen.

Graf Arnim-Boitzenburg hat angezeigt, daß sein Gesundheitszustand ihm die Theilnahme an den Verhandlungen des Hauses leider nicht gestatte. Es ist deshalb eine Ersatzwahl für die Matrikelkommission erforderlich, die heute nach Schluß der Sitzung vorgenommen werden soll.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ertheilt der Präsident das Wort dem Handelsminister Graf Itzenplitz: Derselbe überreicht die Verordnung, durch welche die Wuchergesetze aufgehoben wurden auf Grund des Artikel 63 der Verfassung. Der Krieg, verbunden mit der Geldkrisis in England, hätte die Geldverhältnisse des Landes in eine schwierige Lage gebracht, welche nach der Natur der Sache unvermeidlich gewesen sei. Es stellte sich heraus, daß die Wuchergesetze zwar dem Kaufmann nicht hinderlich seien, da diesem nach dem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch freie Hand gelassen ist. Wer aber Geld brauchte und nicht Kaufmann war, bekam keins, da man nicht mehr als 5 Procent von ihm nehmen konnte. Diesen Umständen habe ohne Zweifel abgeholfen werden müssen. Das Suspendiren wäre aber das Allerschlimmste gewesen; denn es sei nicht wünschenswerth, daß eine Sache heute civil- und sogar kriminalrechtlich verboten sei, während sie nach 4 Wochen wieder erlaubt und dann nach 6 Wochen wieder verboten sei. Das habe zu der Aufhebung der Wuchergesetze geführt, für welche die gesetzlich nothwendige Genehmigung des Herrenhauses nachträglich erbeten werde.

Der Herr Minister stellt anheim, die Angelegenheit der Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen.

Der Präsident schlägt die Verweisung an die vereinigte Justiz- und Handels- und Gewerbekommission vor. Herr v. Kleist-Retzow eine besondere Kommission.

Dieser Antrag wird angenommen und zwar sollen aus jeder Abtheilung drei Mitglieder gewählt werden.

Es wird nunmehr zur Tagesordnung übergegangen: Bericht der Adreß-Kommission über den Antrag des Herrn v. Meding auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König. — Den Wortlaut der von der Kommission entworfenen Adresse haben wir schon früher mitgetheilt.

Der Oberbürgermeister von Breslau, Herr Hobrecht als Antragsteller, unterstützt durch Dr. Baumstark, v. Bernuth, Dr. Dernburg und Graf Dyrhn, hat folgenden Verbesserungsantrag zu dem Berichte der Adreßkommission eingebracht: „Das Herrenhaus wolle beschließen, an Stelle der von der Kommission entworfenen Adresse die beiliegende an des Königs Majestät zu richten:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Mit dem Ausdrucke des Dankes für Gottes Gnade, welche Preußen geholfen und unsere waffentragenden Söhne und Brüder von Sieg zu Sieg geführt, haben Euer Königlich Majestät die Vertretung des Landes um sich versammelt.

Tief durchdrungen von diesem Dankgefühl nahet sich heut das Herrenhaus ehrfurchtsvoll Euer Königlichen Majestät.

Die Verfassung des bisherigen deutschen Bundes — bestimmt, dem deutschen Volke unter seinen Fürsten die Gewähr mächtiger Unabhängigkeit nach Außen, der friedlichen Entfaltung seiner reichen schöpferischen Kraft die rechtliche Form zu geben — war, je länger, je mehr, zur lähmenden Fessel jeder nationalen Entwickelung geworden.

Dennoch hat erst die Ueberzeugung, daß Preußens Ehre und Sicherheit gefährdet waren, Euer Majestät zu dem schweren Entschlusse geführt, jene Fesseln zu durchbrechen.

Unter Euer Majestät Königlicher Führung, begleitet und gestärkt durch die opferfreudige Liebe des ganzen Volkes, hat unser heldenmüthiges Heer in seiner bewährten Organisation die Macht der Feinde niedergeworfen.

„In einträchtigem Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst gestreut sein, erwachsen müssen!" Das sind Euer Majestät Königliche Worte; ihrer Forderung wird das Herrenhaus mit freudiger Hingebung entsprechen.

Wie Preußen ohne Haß in den schweren Kampf getreten, so wird es jetzt den Frieden ohne Ueberhebung nur in der Erfüllung nothwendiger und gerechter Forderungen suchen.

Mit Befriedigung sehen wir das Ausscheiden des östreichischen Kaiserstaates aus Deutschland durch die Friedenspräliminarien gesichert. Wir knüpfen an diese Lösung eines innerlich unwahren und unfruchtbar gebliebenen Verhältnisses die zuversichtliche Hoffnung auf einen dauernden, redlichen die wahren Interessen beider Mächte fördernden Frieden.

Diejenigen, zwischen den Provinzen und im unmittelbaren Machtgebiete des preußischen Staates liegenden deutschen Lande, deren Regierungen lieber einen Vernichtungskampf gegen deutsche Brüder beginnen, als der Bildung eines lebenskräftigeren Bundes bescheidene Opfer bringen wollten, haben Ew. Majestät in Besitz genommen. Das vergossene theure Blut fordert eine endgültige Beseitigung der Gefahren, deren Größe die Geschichte der letzten Monate hat erkennen lassen.

Die bewährten Gesinnungen der Fürsten und Bevölkerungen derjenigen deutschen Staaten, welche auch in dem letzten Kampfe wieder treu zu Preußen standen, werden es leicht machen, die Formen eines neuen festeren Bundes zu finden.

Das materielle Bedürfniß und die Stärke des Gefühls nationaler Zusammengehörigkeit werden eine Entfremdung des deutschen Südens vom deutschen Norden verhindern.

Ein Widerstreit der Rechtsansichten über Fragen der inneren Verfassung hat während der letzten Jahre eine gedeihliche Theilnahme der ganzen Landesvertretung an der Lösung der großen Aufgabe des Staates verhindert. Siegreich heimgekehrt, haben Ew. Majestät in hochherziger Weise die Hand geboten zur Beilegung jenes Konflikts, und gern wird das Herrenhaus mitwirken, um denselben auf dem von Ew. königlichen Majestät bezeichneten Wege zum Abschlusse zu bringen und seiner Wiederkehr vorzubeugen.

Innerlich geeint und im Vollbesitz seiner unerschöpflichen Kraft wird Preußen nach ruhmreich geführtem Kriege die schwierige Arbeit neuer friedlicher Gestaltung treu seinem Berufe zum Heil und Segen des deutschen Vaterlandes beginnen, und mit Gottes Hülfe vollbringen.

In tiefster Ehrfurcht ersterben wir u. s. w."

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird die Generaldiskussion mit der Specialdiskussion verbunden.

Berichterstatter v. Le Coq motivirt mit wenigen Worten den Kommissionsantrag.

Herr v. Meding: Namens der Antragsteller habe ich zu erklären, daß dieselben mit Inhalt und Fassung des Adreßentwurfs vollständig einverstanden sind. Von Hause aus sind wir allerdings in Zweifel gewesen, ob wir die Adresse auf den Ausdruck der Loyalität und des Dankes beschränken sollten; haben aber bei näherer Ueberlegung die Ueberzeugung gewonnen, daß dies nicht genüge, sondern daß dieselbe einen wirklich materiellen Inhalt haben müsse; denn es ist die unzeifelhafte Pflicht des Herrenhauses, in so kritischer Lage der Ansicht des Landes Ausdruck zu geben; denn wir haben zu sprechen im Namen des Landes. Aus diesem Grunde sind die politischen Erörterungen hineingezogen worden, und ich bitte Sie, den Entwurf einstimmig anzunehmen.

Graf Rittberg: Meine Herren! Zunächst ein Wort an die Herren Amendementsteller. Wäre der Verbesserungs-Entwurf früher eingelaufen, so hätte er der Kommission bei ihren Berathungen mit zur Unterlage dienen, und es hätte vielleicht Manches aufgenommen werden können; bei dem jetzigen Stadium ist dies aber sehr schwierig. — Was den Kommissionsentwurf betrifft, so muß, glaube ich, jedes Mitglied des Hauses denselben unterzeichnen, so weit er der Ausdruck der Loyalität ist; insoweit er politisch ist, können meiner Meinung nach auch alle Parteien damit einverstanden sein. In diesem großen Moment, wo das ganze Land einmüthig sein soll, sollte doch wenigstens das Herrenhaus einig vor seinen König und Herrn treten. Ich bitte deshalb die Herren Amendementsteller, wenn es ihnen möglich ist, für unsere Adresse mitzustimmen. — Redner gab darauf einen historischen Rückblick über die Kriegsereignisse, charakterisirte das Verhalten Oestreichs als den ganzen Krieg provocirend, zog darauf eine Parallele zwischen der östreichischen und preußischen Kriegführung, die zu Gunsten der preußischen ausfiel, und hob dabei die Tapferkeit der preußischen Prinzen und Generale hervor. Allerdings — so schloß der Redner, stehen dem Friedenswerke, das wir Alle erstreben, noch momentane Hindernisse im Wege: Wir vertrauen aber der Weisheit unseres Königs, so wie der großen Staatsweisheit des großen Staatsmannes, der unsere diplomatischen Angelegenheiten leitet und der schon so große Verdienste um unser Vaterland erworben hat. Möge er, das hoffen wir, noch neue Verdienste hinzufügen und die Sachen so leiten, daß sie zum Wohle Preußens und Deutschlands ausschlagen. Se. Majestät der König hat in der Thronrede in einem Passus der inneren Zerwürfnisse gedacht und die Bereitwilligkeit der Regierung zur Versöhnung ausgesprochen. Nach solchen Worten aus solchem Munde kann es doch kein preußisches Herz mehr unternehmen, den Konflikt fortzuführen. Ich bitte Sie nach alledem, den Antrag einstimmig anzunehmen.

(Minister des Innern, Graf Eulenburg, ist eingetreten.)

Herr Hobrecht: M. H., die Ereignisse, unter deren Eindruck wir diesmal zusammenberufen sind, sind von so gewaltiger Bedeutung für die fernere Entwicklung unsers Vaterlandes, wir stehen ihren riesenhaften Dimensionen noch so nahe und werden von wechselnden Empfindungen so bewegt, daß es gewiß schwer ist, sich diesen Thatsachen gegenüber der richtigen Worte zu bedienen und ich möchte nicht um Worte rechten. In diesem Augenblick ist mir eines ganz zweifellos: wir müssen, wie wir auch bisher gedacht haben, jetzt die Regierung, in deren Händen die Fortführung der Erfolge zur reichen Entschädigung liegt, mit aller Kraft unterstützen. Je mehr ich davon überzeugt bin, desto weniger habe ich von vornherein geglaubt, daß ich in die Lage kommen könnte, irgend einen Adreßentwurf, der hier eingebracht werden würde, bekämpfen zu müssen. Aber wenn ich bei der ersten Durchsicht des Entwurfes der Kommission schon mich nicht befriedigt fühlte, so ist diese Empfindung bei öfterer Durchsicht immer mehr gesteigert worden. Eine ins Einzelne gehende Kritik der Sache ist immer unerquicklich und leicht provocirend; das möchte ich vermeiden. Ich habe aber geglaubt, das, was ich in dem Entwurfe vermisse und geändert wünsche, zu einem neuen Entwurfe zusammenzustellen, welcher, wie ich höre, sich bereits gedruckt in Ihren Händen befindet. Soll ich es kurz ausdrücken, was mich unbefriedigt läßt an dem Kommissionsentwurf, so ist es die Empfindung, als wäre das Herrenhaus nicht mit ganzer Seele bei der Sache; es ist das gewiß nicht beabsichtigt worden in dem Kommissionsentwurf, aber die Fassung desselben bringt diesen Eindruck hervor, namentlich in dem zweiten Passus. Ich glaube, daß daran die Absicht schuld ist, irgend einen diplomatischen Effekt hervorzubringen; dafür aber ist, glaube ich, nicht der rechte Ort bei der öffentlichen Berathung einer Adresse vor einer großen Versammlung. Eben erst klirrten die Fensterscheiben in Preßburg von preußischen Kanonen, eben erst hat Oestreich die Friedenspräliminarien unterzeichnet und die Worte der Adresse machen nun den Eindruck des Widerspruches. Einen redlichen Frieden und die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen wünscht gewiß Niemand mehr, als die Provinz, aus der ich komme, als Schlesien. Viele Einwohner haben Verwandte in Oestreich, großartige Unternehmungen, das Wohl vieler tausend Arbeiter beruht auf dem guten Verhältniß beider Staaten und auf einem geregelten und gesicherten Verkehr; die kleinsten Störungen haben da den wichtigsten Einfluß auf die Geschäfte

und das Vermögen Vieler. Und ich denke, meine Herren, auch der ganze preußische Staat wünscht es, daß Oestreich sich bald verjüngt und neu stärkt. Aber nothwendig mußte das Verhältniß zum deutschen Bunde und durch dieses zu Preußen gelöst werden. Das durch seine innere friedliche Entwicklung ruhig fortwachsende Preußen war gezwungen, diese Bande zu sprengen, wollte es sich nicht selbst durch sie schnüren lassen. Der Beruf Preußens, an die Spitze Deutschlands zu treten, ist keine Phrase, kein Resultat von selbstüberhebenden Einbildungen, sondern die Ueberzeugung, daß uns aus unsrer ganzen Geschichte diese Aufgabe herauswächst, ist uns in Fleisch und Blut übergegangen; es ist das unser Schicksal. Ist dieser Gedanke ein Wahn, so wird Preußen daran zu Grunde gehen, ist er aber, wie ich fest glaube, die Erfüllung eines hohen Gesetzes, dann mußten Verträge gelöst werden, dann war das, was unser König gefordert hat und erst durch blutige Siege erlangen konnte, gerecht und nothwendig und darüber muß das preußische Herrenhaus ein eigenes Urtheil haben und aussprechen. Ich glaube, daß in diesem Sinne und unter Wahrung aller Rücksichten, welche, wie ich vermuthe, Ihre Kommission wahren wollte, der Entwurf aufgestellt ist und von Einigen unterzeichnet worden. Auf einzelne Punkte will ich nicht eingehen. Ich habe mir Mühe gegeben, die Forderungen, welche nach einem solchen Kriege meiner Meinung nach gesichert werden müssen, so zu formuliren, daß Niemand Bedenken tragen kann, selbst bei den gewiß vorhandenen abweichenden Ansichten, dieselbe zu unterzeichnen. Es schien mir zweckmäßig, der treuen Bundesgenossen zu erwähnen, wie ihrer auch in der Thronrede gedacht ist. Es ist noch ein Passus in dem Kommissionsentwurfe, gegen welchen ich Nichts einzuwenden habe, welchen ich aber nicht verstehe; er ist nicht glücklich in seinen Ausdrücken: ich meine den 6. Passus. Ich habe einen solchen Passus weggelassen, weil mir die ganze Sache noch zu wenig durchsichtig erscheint; wir sind noch nicht bei dem abgeschlossenen Frieden angekommen und wir können doch nur Dinge sagen, deren Voraussetzungen uns ganz bekannt sind; Einzelne von Ihnen mögen ja ganz genau istruirt sein, aber das Haus als solches kann sich nur an Thatsachen halten. Wenn die Adresse, welche die Kommission entworfen hat, mir nicht zusagt in Betreff des über die auswärtigen Verhältnisse Bemerkten, so ist es mir geradezu unerklärlich, wie man mit Stillschweigen übergehen konnte den Schritt der Thronrede in der Entwickelung unseres inneren Staatslebens. Es ist von großer Bedeutung und von doppelter Bedeutung in diesem Augenblicke, daß der Streit über die bekannten Verfassungsfragen, der in einer Reihe von Jahren eine fruchtbare Mitwirkung der Volksvertretung unmöglich machte, jetzt beigelegt werde. Es ist historische Thatsache, daß Se. Majestät, heimkehrend vom Marchfelde in seine bekränzte und fahnengeschmückte Hauptstadt, der Volksvertretung die Hand gereicht und den ersten Schritt gethan hat, um eine Ausgleichung herbeizuführen. Schweigen kann das Herrenhaus dazu nicht, es müßte denn, was ich nicht glauben will, die Absicht haben, dieser Ausgleichung feindlich entgegenzutreten. Es ist mir zum Glück gestern der Adreßantrag der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses zu Gesicht gekommen; da heißt es: (Redner verliest den betreffenden Passus). Damit bin ich ganz zufrieden; Etwas muß gesagt werden, m. H., und was in dem von mir vorgelegten Entwurf steht, ist kaum so viel, als das von der konservativen Partei des Abgeorndetenhauses Gesagte; ich habe mich darauf beschränkt, für das Entgegenkommen von Sr. Majestät unsern Dank auszusprechen und die Versicherung zu geben, daß wir mit ganzer Seele mitzuwirken bereit sind. Und mit dieser Versicherung werden Sie gewiß nicht zurückhalten wollen. In der Absicht, einen Entwurf zu Stande zu bringen, welcher nicht Parteientwurf sein sollte, sondern der nur das, was ich zu meinem größeren Bedauern vermisse, ergänzen sollte, damit er vom ganzen Hause unterzeichnet werden konnte, habe ich Manches weggelassen, was ich noch zu sagen gewünscht hätte. Ich erlaube mir, nur nochmals hervorzuheben, daß in diesem Augenblicke die Regierung rücksichtslos unterstützt werden muß. Wenn das Ihre Absicht ist, so wird sie nicht erreicht durch eine Adresse, welche sich in den auswärtigen Angelegenheiten abwehrend verhält und in den innern ganz schweigend. Ich bitte Sie daher, den Entwurf der Kommission abzulehnen und dem meinigen zuzustimmen.

Graf Reventlow: für den Hobrecht'schen Entwurf. Derselbe athme wieder den Geist der Thronrede; Freude über die großen Thaten der Vergangenheit, Dank gegen Gott, Milde und Schonung gegen die Gegner, festen Willen, Gerechtigkeit zu üben, die Absicht, nach dem Frieden im Aeußeren auch den Frieden im Innern wieder herzustellen. — Sollte der Hobrecht'sche Entwurf indeß nicht die Majorität erlangen, so werde er für jeden andern Entwurf sein, der im Allgemeinen von denselben Gesichtspunkten geleitet sei; er werde deshalb auch event. für den Kommissionsantrag stimmen.

Dr. v. Zander ist im Allgemeinen mit der von der Kommission entworfenen Adresse einverstanden; nur Passus VII. welcher die Vermittelung einer auswärtigen Macht dankend anerkennt, beanstandet er und beantragt getrennte Abstimmung. Er bringt deshalb folgendes Amendement ein:

Statt des Satzes:

Wir danken Euer Königlichen Majestät Weisheit und Festigkeit die Erreichung solcher großen Erfolge in den Friedenspräliminarien, bei deren Vermittelung durch eine auswärtige Macht, deren Uneigennützigkeit und richtige Würdigung der Verhältnisse wir gern anerkennen,

wünscht er den Passus:

„Wir danken Euer Königlichen Majestät Weisheit und Festigkeit die Erreichung solcher großen Erfolge in den Friedenspräliminarien, deren Uneigennützigkeit und richtige Würdigung der Verhältnisse sich hoffentlich auch ferner bewähren wird."

v. Kleist-Retzow: M. H., ich stimme mit den Herren Vorrednern darin überein, daß die Gefühle, von denen jetzt ganz Preußen durchzittert ist, vor Allem im Herrenhause ihren Ausdruck finden müssen. Der Mangel dessen ist aber auch der Haupteinwand, den ich gegen den Adreßentwurf des Herrn Hobrecht mache, und ich kann nicht begreifen, wie der Graf Reventlow diesem Entwurfe seine Zustimmung geben kann. Der ganze Feldzug, den wir geführt, besteht in der That aus lauter Gnaden und Wundern Gottes. Das alte ehrenreiche und mächtige Oestreich, mit ihm fast alle deutschen Staaten, waren gegen uns im Bunde; alle sind in wenigen Wochen besetzt, Oestreich vollständig unterworfen, unser preußisches Vaterland in seinen früher getrennten Theilen vereinigt, mit Nord- und Mitteldeutschland verbunden; dessen militärische und maritime Kräfte unter Preußens Führung gestellt; Preußen so in den Stand gesetzt, ebenbürtig sich jedem anderen Staate Europa's zur Seite zu stellen. Es ist zum Staunen und zum Anbeten. Der Wille Gottes aber bei solchen Entschließungen geht dahin, uns zu zeigen, daß er allein es ist, der Alles thut und vollbringt. Werfen wir aber den Blick vom Himmel auf die Erde, so fällt er auf unsere herrliche Armee. Ich hätte daher gewünscht, daß in der Adresse des Herrn Hobrecht der derselben gebührende Dank thatsächlich seinen Ausdruck gefunden hätte.

Unsere Hoffnung nun ist, daß unser Volk sich darstellt in unserer Armee, daß unser ganzes preußisches Volk unserer Armee ähnlich sich entwickeln möge, unserer Armee, die im Vertrauen und im Hinblick auf den Höchsten, auf Gott, in die Schlacht zog.

„Jesu, geh voran
Auf der Lebensbahn."

Mit diesem Gesange begleitete eine Kompagnie in Görlitz ihren Ausmarsch; derselbe Geist gab sich während des ganzen Feldzuges kund. Diese Eigenschaften, die so glänzend sich bewährt haben, sind es, die wir in unserem Volke zu pflegen haben, die wir, wo sie verloren gegangen sind, wiederherzustellen haben. Wenn das Feuer dort, in der Armee, auflodert, so entzündet die Flamme das ganze Volk. Und die schöpferische Kraft unseres Königs und Herrn ist es, der wir diese Armee, diese so organisirte Armee verdanken, seiner schöpferischen Kraft verdanken wir auch diese Siege.

Damals, bei der Einrichtung dieser neuen Organisation der Armee. war die öffentliche Meinung entschieden gegen dieselbe; die Führer der Opposition sprachen sich offen dagegen aus, selbst die Konservativen waren nicht sicher. Auf diese Weise sind die Siege unserer Armee zugleich die Siege unseres Königthums geworden. Und wir bedürfen diese Armee noch ferner bei der Erwerbung von neuen Ländern; ein großer Theil Preußen feindlicher Elemente wird wenigstens in der ersten Zeit dort sitzen. Da bedürfen wir doch vor allen Dingen unser altes, festes Königthum, und fest müssen wir uns dasselbe darum erhalten wie einen rocher de bronce. Was die gegen das in der Thronrede enthaltene Wort Indemniät herrschenden Bedenken betrifft, so meine ich, unsere preußische Verfassung ist nur zu erklären aus preußischer Geschichte und preußischen Gesetzen, nicht aber nach englischen Doktrinen, die Forderung der Indemnität ist deshalb nicht dahin zu erklären, daß das Ministerium anerkennt, es habe verfassungswidrig gehandelt. Nein, im Gegentheil, die jetzige Thronrede wahrt eine Kontinuität zwischen der früheren und der gegenwärtigen Stellung der Regierung, und auch wenn die Indemnität nicht bewilligt würde, wäre das Ministerium frei von jeder Verantwortlichkeit; thatsächlich haben wir ja bis jetzt auch kein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz, und ein solches würde auch, glaube ich, wenn es in dies Haus käme, auf ernste Bedenken unsererseits stoßen.

Deswegen halte ich es für bedenklich, wenn wir, wie Herr Hobrecht will, einen Passus aufnehmen wollten, worin das Herrenhaus erklärt, daß es von seiner bisherigen Auffassung abgehe. Die Regierung hat das nicht gethan, wir brauchen es auch nicht zu thun. Ich komme zu einem weitern Punkte; der Krieg, den wir geführt haben, war ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche, von Bundesgnossen gegen Bundesgenossen. Da, liebe Herren, ist es doch so klar, daß wir nach dem Siege uns erinnern, daß wir früher uns liebe Bundesgenossen waren.

Ein warmer Zug der Anerkennung für die tapfere hannoversche Armee geht durch das ganze Land. Es ist ein großer Vorzug des Entwurfs der Adreßkommission, daß sie auch hierfür ein Wort der Theilnahme hat. Ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche muß ja, mag er enden, wie er will, immer ein Unglück sein, aber ein furchtbares Unglück wäre es geworden, wenn es unseren Gegnern gelungen wäre, uns zu besiegen. Die Schuld dieses Kampfes, Hr. Hobrecht, sind wir nicht Willens auf einen andern zu werfen. Es fällt mir zwar nicht ein, die preußische Regierung ganz unschuldig machen zu wollen; wir sind auch oft rücksichtslos gewesen, aber seit dem Augenblick, wo Oestreich mobil machte, sind wir ohne alle Schuld. Es ist ohne Zweifel die Absicht Oestreichs gewesen, als Exekutor des deutschen Bundes uns mit Krieg zu überziehen, mit der Mobilmachung des Bundes war der Krieg gegen uns erklärt, und erst nach jenem Vorfall stellte Preußen die Forderung des Ausscheidens Oestreichs aus dem deutschen Bunde. — Vielfache Bedenken sind in unserm Vaterlande gegen das projektirte Parlament laut geworden. Dieselben sind nicht ganz unberechtigt, wenn wir an die Erfahrungen der 40ger und 50ger Jahre denken, wo wir ein solches Parlament Alles in seinen Strudel ziehen sahen.

Und so wünschen wir auch dies Parlament nur so, daß das alte starke Königthum in Preußen bestehen bleibt, daß demselben nicht möglich gelassen wird, ganz Deutschland in den Abgrund herabzuziehen. Nur im konservativen Interesse hat die Regierung das Parlament berufen, jeder Schein revolutionärer Ideen ist nach ihren eigenen Erklärungen ausgeschlossen. Die möglichste Solidarität des norddeutschen Bundes, ein möglichst enges Verhältniß mit dem andern Bunde und namentlich mit Oestreich, das ist es, was wir wünschen. Das gegenwärtige Ministerium hat auf den Ruf des Königs den abrollenden Staatswagen mit starker Hand aufrecht erhalten, es hat die Macht des Königthums so fest gestellt, wie wir es nicht einmal zu hoffen wagten. Alles ist reich von Gott gesegnet worden. So hoffen wir auch voll Zuversicht, daß auch das größte, schwerste, letzte Werk ihm gelingen wird, daß es ihm gelingen wird, unser preußisches Vaterland auf konservativer Grundlage fest und fester zu stellen, so daß das preußische Volk ein reiches, glückliches und gesegnetes Volk unter starkem Königsscepter sei und bleibe.

Herr Deetz (Oberbürgermeister von Frankfurt a. O.): Meine Herren! Nachdem Sie von Ihrem Standpunkte aus die Ansichten derer ausgesprochen, die Sie zu vertreten haben, werden Sie wohl nicht überrascht sein, wenn ich, der ich von Bürgern gewählt bin, hier konstatire, daß die bisherige Haltung des Herrenhauses keine Sympathieen im Bürgerstande hat. Man verlangt allerdings nicht, meine Herren, daß Sie einen Schritt vorwärts gehen; das wäre Thorheit; aber man verlangt und muß verlangen, daß Sie von dem Principe der Stabilität lassen. Jetzt zumal, wo Ihre Söhne, meine Herren, mit vielen Söhnen von Bürgern in brüderlicher Gemeinschaft im Heere zusammenstehen, sollte um so mehr Grund für Sie vorhanden sein, daß Sie sich nicht mehr von den übrigen Klassen des Volkes trennen.

Redner ging darauf näher auf die von der Kommission entworfene Adresse ein.

Der 3. und 4. Satz, fuhr er fort, kam mir sehr überraschend vor, da er ein schmerzliches Bedauern über den Krieg mit Oestreich ausspricht. Die Thronrede giebt dazu gar keinen Anhalt, und ich finde es durchaus unnatürlich, daß das Herrenhaus „schmerzliches Bedauern" hegt, wo das ganze Volk sich über die glänzenden Siege über Oestreich freut. Alinea 6 der Adresse, welche die Uneigennützigkeit einer auswärtigen Macht, die doch wohl Frankreich sein soll, hervorhebt, muß auch ich beanstanden, da der Passus durchaus nicht am Platze ist. Wenn ich nun schließlich hier noch den dringenden Wunsch eines großen Theiles des Volkes aussprechen soll, so geht dieser dahin, daß Sachsen, Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt und ein Theil Baierns von Preußen annektirt wird. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, das ist zur Sicherstellung Preußens und Deutschlands nöthig. Vielen der Länder würde sogar ein großer Gefallen erwiesen werden, wenn sie annektirt würden, da sie von ihren Fürsten schlecht behandelt worden sind. — Redner weist sodann die Vorzüge des Hobrecht'schen Entwurfes nach und bittet um dessen Annahme.

Graf v. d. Gröben-Ponarien protestirt gegen die Annahme des Herrn Deetz, daß die Mitglieder des Herrenhauses besondere Stände repräsentirten. Jedes Mitglied des Herrenhauses sei ein Vertreter des Volkes; es habe nicht die besonderen Rechte besonderer Klassen zu wahren, sondern ganz nach seiner eigenen Ueberzeugung die Interessen des ganzen Volkes zu wahren.

Herr v. Senfft-Pilsach empfiehlt den Kommissionsentwurf und vertheidigt denselben gegen mehrere von den Vorrednern gemachte Vorwürfe. Zunächst weist er den Vorwurf zurück, daß das Herrenhaus nicht mit ganzem Herzen bei der Sache sei. Auch der Vorwurf, fuhr Redner fort, ist ungerechtfertigt, der uns deshalb gemacht wird, weil in der Adresse des „inneren Konfliktes" keine Erwähnung gethan ist. Das Herrenhaus hat nicht den Beruf, sich in die Angelegenheiten derjenigen Herren einzumischen, die auf der anderen Seite der Leipzigerstraße tagen. — Herr v. Kleist hat rühmend hervorgehoben, daß die hannoversche Armee einstens vereint mit der unseren ruhmvoll gekämpft hat; ich muß dazu bemerken, daß dies mit der hessischen nicht minder der Fall ist. — Wenn nun Herr Deetz sagt, daß das Herrenhaus keine Sympathieen im Lande habe, so muß ich ihm entgegenhalten, daß die im Laufe der früheren Sessionen in ausgedehnter Weise aus dem Lande an das Herrenhaus gerichteten Adressen den Beweis liefern, daß dasselbe gerade sehr große Sympathieen hat. Redner behauptet sodann, daß gerade viele Mitglieder des Herrenhauses nicht nur als Kombattanten, sondern auch als Krankenpfleger sich im letzten Kriege hervorgethan haben. — Er schildert sodann die Vorzüge, die die preußischen Staatseinrichtungen vor den öftreichischen haben und spricht sodann ausführlich über die Vorzüge der Militär-Reorganisation, schildert die traurige Lage, in die Preußen gekommen wäre, wenn es nach dem Wunsche des Abgeordnetenhauses die Militärdienstzeit verkürzt hätte, und behauptet schließlich, daß die Armee eine Bildungsanstalt für das ganze Volk sei.

Graf Brühl gegen den Hobrecht'schen und für den Kommissions-Entwurf: Der Hobrecht'sche Entwurf begeht denselben Fehler, den das Abgeordnetenhaus oft begangen, daß es über alles Mögliche spreche, ohne daß die Dinge klar liegen. Wir haben aber, ruft er aus, Gott sei es gedankt! — kein parlamentarisches Regiment; wir haben einen König und beide Häuser des Landtages; aber der König regiert. Nach Art. 48 der Verfassung hat der Landtag kein Recht, über Krieg und Frieden mitzusprechen; und Gott sei Dank, daß dies so ist; wir haben dafür auch keine Verantwortung zu tragen. Wir sind aber nicht berechtigt, ein Urtheil auszusprechen, wo wir nicht berufen sind. Uns genügen vollständig die Worte Sr. Majestät des Königs. — Nehmen Sie deshalb den Kommissionsantrag an!

Graf Dyhrn: Meine Herren! Ich will mich lediglich darauf beschränken, die Einwürfe zurückzuweisen, die man gegen den Hobrechtschen Adreßentwurf gemacht hat. Da wird nun zuerst gesagt, daß das Dankgefühl nicht tief genug ausgesprochen wäre. Nun, m. H., je tiefer man fühlt, desto weniger Worte macht man, und ich kann Ihnen versichern, daß wir mindestens ebenso tief ergriffen sind von den herrlichen Thaten unseres Heeres, als Sie, m. H. Was nun den Mangel betrifft, den Herr Graf Brühl gerügt, daß unsere Adresse einen zu parlamentarischen Ton habe, so muß ich entgegnen, daß man doch von dieser Tribüne nicht anders, als vom parlamentarischen Boden aus sprechen kann; denn sie selbst steht auf parlamentarischem Boden, und wenn Se. Majestät zu den Vertretern seines Volkes spricht, so ist dies auch ein parlamentarischer Akt. Den Redner, der den Konflikt geleugnet hat, will ich mit den Worten Sr. Majestät selbst zurückweisen. (Redner verliest den Passus der Thronrede, in der anerkannt wird, daß dem Staatshaushalts-Etat die gesetzliche Grundlage fehle.) Was nun die vertriebenen Fürsten betrifft, so können diese mir unmöglich Mitleid einflößen; denn sie haben ihre kritische Lage selbst verschuldet; sie haben alle wohlmeinenden Rathschläge zurückgewiesen und müssen jetzt die gerechte Strafe dafür erleiden, daß sie sich anzustemmen suchten gegen die Erfüllung der historischen Aufgabe Preußens; daß sie verhindern wollten, daß es gelänge,

Der Hohenzollern schlicht Panier
Auf Habsburgs Wällen siegreich aufzupflanzen.

(Vereinzeltes Bravo.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Kleist-Retzow spricht Herr v. Below in längerer Ausführung für den Kommissionsentwurf. Er begrüßt mit Freuden den darin enthaltenen Ausspruch der Versöhnung mit Oestreich; denn es sei eine gute alte ritterliche Sitte, dem überwundenen Gegner die Hand zur Versöhnung zu reichen. Es sei schön, wenn der Besiegte männlichen Stolz zeige, noch schöner aber, wenn der Sieger Mäßigung und den redlichen Willen zur Versöhnung an den Tag lege. Auch den Passus über Frankreich, den Herr v. Zander beanstandet, findet Redner für annehmbar und bittet, die ganze Adresse unverändert anzunehmen.

v. Waldow. Ich danke demjenigen Mitgliede, welches sein erstes Auftreten dazu benutzt hat, um uns den Standpunkt zu bezeichnen, dem seiner und seiner Wähler Auffassung nach, das Herrenhaus einnehmen soll. Ob es sich danach richten oder seinen Standpunkt beibehalten wird, darüber brauche ich mich hier nicht zu äußern. Wenn der Herr dann sagte, grade jetzt wäre der Moment zu einer Aeußerung von unserer Seite, wo unsere Söhne zusammen mit denen der Bauern gefochten hätten, so bedenke er doch, daß das ja immer so ist. Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir stabil sind, so mache ich darauf aufmerksam, daß es historisch die Aufgabe aller ersten Kammern ist, sich nicht auf Ueberstürzungen einzulassen, sondern das konservative und stabile Princip aufrecht zu erhalten. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß wir immer unthätig seien; man bedenke unsere Thätigkeit bei der Heeres-Organisation, der wichtigsten That der letzten 10 Jahre. Der geehrte Herr hat wohl nur gesprochen, um sich eines mitgebrachten Auftrages zu erledigen, welchen er hätte zurückweisen sollen. Was den Vorwurf wegen des Passus über Oestreich anlangt, so bin ich gewiß nicht der, der meint, man müsse es jetzt gleich an sein liebevolles Herz drücken; aber Frieden muß doch einmal wieder geschlossen werden und wenn die Hand zur Versöhnung geboten werden soll, so ist das vielmehr Sache des Siegers als des Besiegten. Daus muß das preußische Herrenhaus aussprechen, wenn es auch noch so sehr bedauert werden muß, daß Deutsche gegen Deutsche gekämpft haben, wenn es auch Niemand giebt, der nicht die hannöversche und hessische Armee tief bedauert. Ferner wird uns der Passus über die Vermittlung Frankreichs angegriffen. Herr v. Below schon hat Ihnen entwickelt, daß wir nur Thatsächliches anerkennen und darüber nirgend hinausgehen. Wenn man weiter noch alle mögliche Annexionen fordert, so erwidere ich, ich hätte sie auch genommen, so gern wie Sie! Aber in den Friedenspräliminarien sind die Dinge bereits anders festgesetzt. Der Appetit des Herrn scheint so groß zu sein, wie der Derjenigen, die vor dem Kriege Friedenspetitionen verfaßten und jetzt nicht genug bekommen können. Der Kommissionsentwurf scheint mir demnach in jeder Beziehung besser als der des Herrn Hobrecht. Wenn Herr v. Dyhrn Bedenken trägt, Etwas zu unterschreiben, was er nicht genau kennt, so könnte ich den Gegenentwurf schon deswegen nicht billigen, weil er nicht vor einer Kommission in Gegenwart eines Regierungskommissars debattirt worden ist und man nicht wissen kann, ob nicht in irgend einem Wort Anlaß zu Mißverständnissen liegen könnte. Des Konflikts endlich haben wir nicht erwähnt, weil er zwischen uns und der Regiernng nicht besteht; ich wünsche ihn in keiner Weise zu erwähnen. Warten wir ab, in welcher Weise die Regierung ihr Versprechen erfüllen wird!

Hr. v. Daniels bemerkt zu dem Streit zwischen den Herren Graf Dyhrn und Gr. Bühl über den Passus der Thronrede, daß nicht in der Thronrede stehe, daß der Staatshaushaltsetat der gesetzlichen Grundlage entbehre, sondern nur derjenigen gesetzlichen Grundlage, welche er haben würde, wenn er mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu Stande gekommen wäre. Keine Regierung hätte anders handeln können.

Graf Dyhrn. Da ich nicht die Ehre habe Jurist zu sein, will ich mich jedes Auslegungsversuches enthalten, konstatire aber, daß ich nichts gethan, als die Worte der Thronrede vorgelesen habe.

Hr. Deetz (zur faktischen Berichtigung). Ich bin mißverstanden worden, wenn ich gesagt haben soll, daß ich eine besondere Berufsklasse zu vertreten hätte; das ist mir nicht in den Sinn gekommen; sondern ich bin hier als Vertreter des Volks. Ferner erkläre ich, daß ich weder einen besonderen Auftrag ausgeführt, noch Friedenspetitionen angeregt oder unterzeichnet habe.

Herr v. Le-Coq hofft, daß der Adreßentwurf der Kommission möglichst einstimmig angenommen werden und auch Hr. v. Zander sein Bedenken fallen lassen möge.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Entwurf des Herrn Hobrecht mit allen gegen ca. 20 Stimmen verworfen.

Herr v. Zander zieht sein Amendement in Folge der Belehrung durch die Debatte zurück.

Der Kommissionsentwurf wird darauf mit allen gegen ungefähr 10 Stimmen angenommen.

Der Präsident zu Stolberg fordert die Mitglieder auf, nach der Sitzung noch zu bleiben und die Adresse sogleich zu unterschreiben. Er schlägt vor für den Fall, daß Se. Majestät geruhen sollten, die Adresse Allerhöchstselbst entgegenzunehmen, eine Deputation von neun Mitglieder zu wählen, zu welcher die drei Mitglieder des Präsidii traten.

Herr v. Senfft-Pilsach beantragt, mit der Ueberreichung das Präsidium zu beauftragen. Durch's Loos könnten dann gerade diejenigen Herren gewählt werden, welche gegen die Adresse gestimmt hätten.

Präsident Graf zu Stolberg erklärt, daß er event. die Verloosung aus denjenigen Namen veranstalten werde, welche die Adresse unterzeichneten.

Herr v. Senfft zieht seinen Antrag zurück.

Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen. Nachdem die Stimmen zur Wahl eines Mitgliedes für die Matrikelkommission abgegeben sind, wird die Sitzung 3½ Uhr geschlossen. Darauf geheime Sitzung. Nächste Sitzung unbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

(5. Sitzung vom 13. August.)

Eröffnung 1¼ Uhr. Am Ministertisch die Grafen Itzenplitz und zu Eulenburg. Die Tribünen sind besetzt.

Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung der Urlaubsgesuche.

Vom Geschäftsführer des deutschen Nationalvereins für London, unterzeichnet G. Kinkel, Vorsitzender, und Ad. Engelmann, Schriftführer, ist ein Schreiben an das Bureau des Hauses eingegangen, enthaltend die Beschlüsse des dortigen Nationalvereins in Bezug auf die gegenwärtige politische Lage des Landes.

Der Präsident zeigt an, daß ihm nach Konstituirung des Hauses das Haus selbst mit sämmtlichen Pertinenzien und Bureau-Lokalien nebst der Präsidentenwohnung übergeben sei.

Die Uebersicht über den Staatseisenbahnen-Betrieb ist der Handels-Kommission zugewiesen. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: 1) Mittheilung der Wahlen der Schriftführer und der Fachkommissionen:

Zu Schriftführern sind gewählt: v. Kleinsorgen mit 290 St., Sachse 284, Lent 277, Hauschteck 250, v. Salisch 248, Cornely 208, Bassenge 174, Kantak mit 165 St. Gestimmt haben 311 Mitglieder.

Die Fachkommissionen sind heute Vormittag in den Abtheilungen gewählt und haben sich in folgender Weise konstituirt: 1. Geschäftsordnungs-Kommission: Vorsitzender: Kosch; Stellvertreter: Kratz; Schriftführer: Pauli; Stellvertreter: v. Rönne. 2. Petitions-Kommission: Vorsitzender: Dr. Gneist; Stellvertreter: Lartz; Schriftführer: Qual; Stellvertreter: Selten. 3. Agrar-Kommission: Vorsitzender: Dr. Lette; Stellvertreter: Füsling; Schriftführer: Chomse; Stellvertreter: Sommer. 4. Handel und Gewerbe: Vorsitzender: Röpell; Stellvertreter: Ovorweg; Schriftführer: Cornely; Stellvertreter: Hammacher. 5. Finanz-Kommission: Vorsitzender: v. Bonin; Stellvertreter: Michelis; Schriftführer: Berger (Soling); Stellvertreter: Dr. Jansen. 6. Justiz-Kommission: Dr. Simson; Stellvertreter: Elven; Schriftführer: Lossa; Stellvertreter: Fischbach. 7. Kommission für Gemeindewesen: Vorsitzender: Grabow; Stellvertreter: v. Carlowitz; Schriftführer: Ellering; Stellvertreter: Herrmann. 8. Für Unterrichtswesen: Vorsitzender: Harkort; Stellvertreter: John (Mar.); Schriftführer: Werner; Stellvertreter: Dr. Paur. 9. Budget-Kommission: Vorsitzender: v. Bockum-Dolffs; Stellvertreter: v. Hoverbeck; Schriftführer: v. Kleinsorgen, Hoppe; Stellvertreter: Lorenz und Prinz Hohenlohe.

Zu den Adressen, welche die Abgeordneten v. Vincke und v. Blanckenburg eingebracht haben, treten heute noch die Adreßentwürfe der Abgeordneten Gneist und Waldeck. Für dieselben wird eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern beschlossen, welche morgen 11 Uhr in den Abtheilungen gewählt werden sollen.

Es folgen Wahlprüfungen. Es referiren die Abgeordneten Krieger und Elven für die 2. und 7. Abtheilung. Auf Antrag des ersteren wird Borsche's Wahl im 4. Frankfurter Wahlkreise für gültig erklärt. — Der Abg. Elven wird durch die Wahlen in dem dritten Mindener Bezirk zu folgen-

dem Antrag veranlaßt: „Das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, das Reglement über die Ausführung der Wahlen dahin zu ergänzen, daß überall von dem Wahlkommissarius eine amtliche Bescheinigung über die in den §§. 15 und 19 der Verordnung vom 30. Mai 1849 vorgesehene, ortsübliche Bekanntmachung wegen öffentlichen Ausliegens der Abtheilungslisten und wegen des Tages und der Stunde der Wahlhandlung hinzugefügt werde."

Das Haus tritt diesem Antrage bei und erklärt sämmtliche zur Berichterstattung gelangende Wahlen für gültig.

Der Handelsminister Graf Itzenplitz legt, wie er heute bereits im Herrenhause gethan hat, die Verordnung, betreffend die Aufhebung der Wuchergesetze, zur nachträglichen Genehmigung vor. Was die Hypotheken anlangt, so ist es in Ansehung derselben bei den früheren Bestimmungen verblieben. Es sind also hauptsächlich die übrigen Schuldverschreibungen, die von dem Gesetz betroffen werden. Der Herr Minister empfiehlt Verweisung der Vorlage an die Kommissionen für Handel und Justiz. (Wird genehmigt.)

Er legt ferner einen Gesetzentwurf vor, betreffend den Verkauf der Westphälischen Eisenbahn. In schlimmen Zeiten haben die Staatsbahnen, fügt der Herr Minister hinzu, auch ihr Gutes: sie setzen die Regierung in die Lage, durch Herabsetzung der Frachtsätze ohne Weiteres Hilfe zu schaffen. Hier liegt aber ein Fall vor, wo die Veräußerung einer Bahn gerechtfertigt ist. Es ist den Herren aus der Provinz bekannt, wie die Westphälische Bahn nicht nach einem großen Plan, anhängig an ein bestimmtes Netz, sondern durch Wechselfälle, Versuche, Ergänzungen so weit gekommen ist, wie sie jetzt ist. Der Käufer, der sie nehmen will, ist die Bergisch-Märkische Bahn, welche sich auch in Staatsverwaltung befindet. Die Westphälische Bahn würde also in der Hand der Regierung bleiben. Das Gebot, welches gemacht ist, ist ein genügendes, ja sogar, wenn man die bisherige Rente ins Auge faßt, ein reichliches in Hoffnung auf künftige Rentabilität. Am 15. d. Mts., also in 2 Tagen, steht die Generalversammlung an, wo die Genehmigung Seitens der kauflustigen Gesellschaft höchst wahrscheinlich definitiv ertheilt wird. Die Genehmigung wird also vorliegen, ehe das Haus über die Vorlage in Berathung tritt, das ohne Zweifel alsbald mit einem Definitivum zu thun haben wird. (Die Vorlage wird an die Kommission für Handel und Finanzen verwiesen.)

Ferner habe ich vorzulegen das Gesetz, betr. die Vermehrung des Aktienkapitals der Bank um 5 Millionen. Der vorjährige Antrag auf Ausdehnung der preußischen Bank auch auf nicht preußische Ortschaften und Gegenden, wird jetzt nicht wiederholt aus Gründen, die den Herren schon einleuchten werden. (Heiterkeit.) Dagegen hat aber auch in preußischen Landen in diesem Jahre der Verkehr der Bank außerordentlich zugenommen. Erst vor ganz Kurzem hat er wieder etwas abgenommen. Er war aber zu einer bedeutenden Höhe gestiegen und es war nöthig, den Diskont sehr zu erhöhen, was mir, als Chef der Bank, jedesmal ein Schmerz ist. Die Vermehrung des Bankkapitals ist im Gesetze vorgesehen, und ich bitte nur um die Autorisation. Die Modalitäten sind dieselben, die im vorigen Jahre vorgeschlagen wurden und damals keinen Widerspruch fanden.

Die Vorlage wird an die Kommission für Handel und Gewerbe verwiesen.

Es erhält darauf das Wort der Herr Minister des Innern Graf zu Eulenburg, um die beiden Verordnungen, betreffend den Wahlmodus für die 12,000 Mann preußische Soldaten in den Herzogthümern, und den Umschlagstermin in Neuvorpommern zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Das Haus beschließt, in Betreff derselben Schlußberathung eintreten zu lassen.

Für die erstere Verordnung ernennt der Präsident den Abg. John zum Referenten, für die zweite den Abg. Sobeck zum Referenten und Abg. Hinrichs zum Korreferenten.

Minister des Innern. Ich habe die Ehre, dem Hause zuvörderst zwei auf Grund des Art. 63. der Verfassungsurkunde erlassene Verordnungen zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Die erste betrifft die Zuweisung der in den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg stehenden Truppen zum ersten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Potsdam. Das Wahlbezirksgesetz wies diejenigen Truppen, welche in Bundesfestungen standen, bestimmten Bezirken des preußischen Staates zu; auf außerhalb des preußischen Staates für gewöhnlich stehende Truppen konnte natürlich damals bei Erlaß des Gesetzes nicht Rücksicht genommen werden. Bei der diesjährigen Wahl standen etwa 12,000 Mann in den Herzogthümern, die einem gewissen Wahlbezirk zugewiesen werden mußten, wenn sie ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen sollten. Es ist dieses durch die königl. Verordnung geschehen, die dem Landtage zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt wird. Die zweite Verordnung betrifft die Verlegung des sogenannten Umschlagtermines für Neu-Vorpommern. Der Umschlagstermin hat die Bedeutung, daß an diesem Tage alle Geschäfte in Neu-Vorpommern, namentlich Hypothek- und Kreditgeschäfte, regulirt werden. Der Termin ist durch ein Gesetz auf den 24. Juni im J. festgesetzt und damit zugleich bestimmt, daß, wenn der 24. auf einen Sonntag fällt, der Termin am 25. abgehalten werden soll. In diesem Jahre waren auf den 25. die Wahlen ausgeschrieben; es entstanden dadurch für Neu-Vorpommern Uebelstände aller Art, die Betheiligung an den Wahlen wäre eine geringere gewesen, wenn Beides zusammengefallen wäre. Auf den Antrag der betheiligten Körperschaften von Neu-Vorpommern hat die Regierung beschlossen, nicht den Wahltag für die ganze Monarchie auf einen anderen Tag zu verlegen, sondern den Umschlagstermin für Neu-Vorpommern um 24 Stunden zu verschieben. Auch diese Verordnung bedarf der nachträglichen Genehmigung. Endlich drittens habe ich die königl. Ermächtigung, dem Hause den Entwurf eines Wahlgesetzes des Norddeutschen Bundes vorzulegen. Die Herren erinnern sich, daß am 9. April bei dem damaligen Bundestage eine Verfassungsreform in Vorschlag gebracht worden ist. Im Art. 4. der später entworfenen Grundzüge der neuen Bundes-Verfassung ist der Begriff dieses Parlamentes näher dahin präcisirt worden, daß man dasselbe aus Wahlen hervorgehen lassen wolle, welche in Gemäßheit des Reichswahlgesetzes vom Jahre 1849 vorgenommen werden sollen. Als der Bundestag aufgehört hatte zu existiren, hat die preußische Regierung und der größte Theil der norddeutschen Staaten den Vorschlag gemacht, einem engeren Bündniß beizutreten, und als Bedingung wurde von vornherein aufgestellt, daß ein engerer Anschluß an Preußen erfolge.

Die Aufforderung wurde damals gerichtet an: Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar-Eisenach, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg. Alle diese haben zugesagt, mit Ausnahme von Meiningen und Reuß ältere Linie. (Heiterkeit) Es würde also, wenn das Parlament jetzt zusammenträte, dasselbe von Preußen und den genannten Staaten, mit Ausnahme der beiden oben erwähnten beschickt werden. Um für die Wahl in Preußen eine gesetzmäßige Grundlage zu gewinnen, legt die Regierung Ihnen den Entwurf eines Gesetzes vor, welches sich mit ganz geringen Ausnahmen an das Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 anschließt, nämlich davon ausgehend daß das Parlament aus Mitgliedern besteht, welche aus dem allgemeinen direkten Stimmrecht mit geheimer Abstimmung hervorgehen. Die Regierung hat für dieses Gesetz den Titel: „Wahlgesetz zum Reichstag des Norddeutschen Bundes" gewählt.

In Betreff der geschäftlichen Behandlung dieser Vorlage wird die Wahl einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern vom Präsidenten vorgeschlagen und vom Hause auch genehmigt; doch soll die Wahl nicht schon morgen, sondern erst dann stattfinden, wenn die Vorlage gedruckt ist. Die Abgg. Virchow, Twesten und Lasker erinnern daran, daß die „geringfügigen" Abweichungen vom Reichswahlgesetze diesen geringen Aufschub wohl motiviren. In diesem Sinne äußert sich auch der Abg. Reichensperger, während Herr v. Vincke-Olbendorf die Sache für bekannt genug hält, um zur Wahl der Kommission zu schreiten. Das Haus tritt aber nicht dieser Meinung bei und beschließt, den Druck der Vorlage abzuwarten, nachdem es die Einsetzung einer besonderen Kommission im Prinzip genehmigt hat.

Schluß der Sitzung: $2\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Tag.-Ord. Bericht über die Wahlen zur Adreß-Kommission. Wahlprüfungen.)

Parlamentarische Nachrichten.

— Der von dem Abg. Gneist eingebrachte Adreß-Entwurf lautet:

Allerdurchlauchtigster 2c. Mit stolzer Freude blickt das preußische Volk auf die Waffenthaten, welche unter Ew. Majestät Führung das preußische Heer in einem Feldzuge vollbracht hat, der dem ererbten Ruhme unseres Könighauses und Heeres neue Lorbeeren hinzufügt.

Groß waren die Anstrengungen, schwer sind die Verluste. Viele Tausende seiner tapferen Söhne betrauert das Vaterland. Aber aus dem Blute der Gefallenen, aus den willig dargebrachten Leistungen des Volks werden Früchte erwachsen, welche solcher Opfer werth.

Majestät!

Nach diesen Erfolgen kann auch das Land es nur mit Befriedigung wahrnehmen, wenn es gelungen ist, die bisherigen Kosten des Krieges aus den Staats-Einnahmen und durch die Natural-Lieferungen des Landes bereit zu stellen. Um so mehr ist das Haus der Abgeordneten bereit, die Mittel welche zur erfolgreichen Beendigung des Krieges und zur Bezahlung der Landleistungen erforderlich, in verfassungsmäßiger Weise zu gewähren.

Allerdings entbehren die Staatsausgaben der letzten Jahre der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt nur durch das nach Art. 99. der Verfassungsurkunde nothwendige Gesetz erhält. Um dies Gesetz zu Stande zu bringen, hat das Haus der Abgeordneten seinerseits alle zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staats, alle zur Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute, alle zur Fortführung einer geregelten Staatsverwaltung erforderlichen Mittel jederzeit votirt. Nur durch die verhandene Meinungsverschiedenheit über die Erweiterung des Militair-Etats, ist eine neue Auslegung der Verfassung veranlaßt, welche die Rechtspflege und die gesammte innere Landesverwaltung in Mitleidenschaft gezogen hat.

Mit freudiger Genugthuung haben wir das hochherzige königliche Wort vernommen, welches die Nothwendigkeit des Staatshaushaltsgesetzes und der Indemnität für die Vergangenheit ausspricht. Für die Zukunft vertrauen wir, das die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes vor Beginn des Etatsjahres die Gefahr eines Konflikts verhüten, und daß mit der Veranlassung dazu auch die Folge gehoben sein wird.

Allergnädigster König und Herr!

Was Deutschland seit Generationen vergeblich gehofft und erstebt, das große Wort der deutschen Einheit, ist durch Ew. Majestät tapferes, entschlossenes Handeln der Wirklichkeit nahe gerückt. Die nothwendige Auseinandersetzung mit dem östreichischen Kaiserstaat ist erfolgt. Bei der Erweiterung des preußischen Staatsgebiets werden nicht mehr die Rücksichten auf die Dynastien, sondern die Interessen des Volkes entscheiden.

Es wird sich jetzt darum handeln, das durch die Waffen Errungene zu vollenden und zu befestigen durch Weisheit und Gerechtigkeit: vor Allem das ganze Deutschland zusammenzufügen und zusammenzuhalten durch sichere Bürgschaften dafür, daß unter Ew. Majestät erhabenen Scepter die Rechte des geeinigten deutschen Volkes ebenso unwandelbar feststehen werden, wie die Majestät des Reichsoberhauptes.

In Würdigung dieser Aufgabe ist das Haus der Abgeordneten bereit, alle Streitfragen zurückzustellen, welche in der Gegenwart durch den Kriegszustand erledigt, in der Zukunft durch die Einrichtung eines deutschen Bundesheeres ihre gesetzliche Erledigung finden werden.

Wie aber in der preußischen Epoche von 1808 bis 1815 die Abwehr fremdländischer Herrschaft und die Verjüngung des innern Staatslebens Hand in Hand ging; wie die Erweckung aller Volkskräfte, eine neue Ordnung des Gemeindelebens und die Grundlegung der Volksrechte unter Beirath von Männern, welche den bewährten Ruhm preußischer Landesverwaltung und Justiz vertraten, Hand in Hand gingen mit der erweiterten Machtstellung nach Außen: so wünschen wir, daß es Ew. Majestät beschieden sein werde, der Schöpfer einer deutschen Regeneration in gleichem Sinne und größerem Maßstab zu werden.

Mit solchen Hoffnungen sehen wir der Einberufung einer deutschen Volksvertretung entgegen.

Möge Gott unter Ew. Majestät weiser und gerechter Regierung des Vaterlandes Zukunft segnen.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir 2c.

Der von dem Abg. Waldeck mit 28. Genossen (darunter Virchow, Hagen, Duncker, Classen-Kappelmann, v. Kirchmann, Hoppe, v. Hoverbeck, Dr. Bender, John, v. Rönne, Schultze-Delitzsch u. a.) eingebrachte Adreß-Entwurf lautet wie folgt:

1) „Die großen Thaten, welche unser tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Main, hier an die Thore der Hauptstadt Oestreichs führten, haben unser Herz mit freudigem Selbstgefühl und mit lebhaftem Danke erfüllt. Wir sprechen den Dank des Volkes aus an die Tausende, welche das Grab bedeckt, an die sämmtlichen überlebenden Streiter, die Jünglinge und die reifen Männer der neubewährten in großer Zeit geschaffenen Landwehr, an die einsichtigen Führer, vor Allen an Ew. Majestät selbst, die Sie in der entscheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Noth und Gefahr mit den Kämpfern getheilt, und dem unendlichen Elende dieses Krieges durch rasche Führung und Beendigung ein Ziel gesetzt haben.

2) Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge. Die Auflösung der Bundesverfassung, dieses nur scheinbaren Bandes, welches nach Außen und Innen sich seit fünfzig Jahren hemmend und kraftlos bewiesen hatte, die Beschränkung der Klein-Staaterei, die Erweiterung des Machtgebietes unseres Staates und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht zu ferner Zeit ein politisch geeintes Deutschland unter der Führung des größten deutschen Staates sich entwickeln könne.

3) Diese Früchte, davon sind wir mit Ew. Majestät überzeugt, werden nur in einträchtigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung erwachsen.

4) Das Blut der todesmuthigen Streiter hat zum zweiten Male das edelste Gut des Volkes, dessen politische Freiheit und Theilnahme an dem Staatsleben besiegelt. Ohne die Anerkennung, Gewährung und Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Huldigung der Geister und Herzen in Deutschland, welche allein der Macht Haltbarkeit und Dauer giebt.

5) Ew. Majestät gedenken des Konflikts, der seit 1862 über das Budget-Recht besteht. Sie erkennen den Art. 99 der Verfassung als verpflichtende Norm an. In tiefster Ehrerbietung diese Erklärung annehmend, dürfen wir unsererseits es weder verhehlen noch verhüllen, daß der alljährlich im Voraus festzustellende Staatshaushaltsetat die Grundlage der Finanzwirthschaft bildet, und daß Ausgaben, welche das Abgeordnetenhaus in demselben abgesetzt hat, nicht aus irgend einem Motive des Staatsrechts dennoch geschehen dürfen, wenn nicht das Recht der Volksvertretung illusorisch werden soll. Wir dürfen ferner nicht verschweigen, daß die Zustimmung zu der nach dem Gesetze jährlich festzustellenden Stärke des stehenden Heeres im Frieden zu den verfassungsmäßigen Rechten des Abgeordnetenhauses gehört.

6) Die von Ew. Majestät angekündigten Finanzvorlagen werden wir mit pflichtmäßiger Sorgfalt in Erwägung nehmen.

7) Mit derselben Sorgfalt werden wir die Vorlagen über die Einberufung einer Volksvertretung der Bundesstaaten prüfen, in der Voraussetzung, daß, wenn Rechte der preußischen Staatsregierung, des preußischen Volks und Landtags zu Gunsten eines künftigen Parlaments aufgegeben werden sollen, diesem Parlamente auch die volle Ausübung dieser Rechte gesichert sein wird.

8) Das zu vollbringende Werk der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands wird sich am sichersten der Unterstützung der Nation erfreuen und jede Einmischung des Auslandes ausgeschlossen werden, wenn die schwierige Arbeit auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1849 begonnen, und diese der neuen Lage der Dinge entsprechend gestaltet wird.

9) Königliche Majestät! Durchdrungen von der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland, bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlichen Entwickelung desselben, welche die Vorsehung in Ew. Majestät Hände gelegt hat."

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. August. Se. Eminenz der Herr Erzbischof Graf Ledochowski begiebt sich heut auf einige Zeit nach Gnesen zur Ordnung der dortigen Diöcesan-Angelegenheiten.

— **Cholera:** Am 12./13. August c. erkrankten im Civil 11, starben 6; Bestand am 13. d. im Stadtlazareth 28, im Garnisonlazareth 84.

— [Fontaine.] Der alte Markt wird nach und nach immer freier. Nachdem vor wenigen Wochen die unbrauchbar gewordene Fontaine auf der Südwestecke entfernt worden, geschiebt ein Gleiches gegenwärtig mit der alten Fontaine in der Nordwestecke des Marktplatzes. Diese Fontaine wurde von der alten Wasserleitung gespeist, zeichnete sich aber stets durch Wassermangel aus, da ihr Wasserrohr die Fortsetzung des Rohres ist, welches den Brunnen zwischen der Friedrichs- und Wilhelmsstraße speist, und von dort nur der Ueberfluß nach dieser Marktfontaine gelangte. Ihre Entfernung ist somit nur wünschenswerth. Werthvoller als diese unfruchtbare sind die beiden gut gespeisten, alterthümlichen Fontainen, die noch an der Ostseite des Marktplatzes stehen.

— Am Sonntag Vormittag entzündete sich der Speck in der Räucherkammer des Fleischermeister Philipp Weitz, kl. Gerberstraße 1., und verbrannte der ganze Vorrath von 139 Speckseiten und 19 Zungen, im Werthe von über 1000 Thlrn. Da die Kammer massiv gewölbt ist, so blieb der Brand auf diesem Raume beschränkt und wurde durch Zumauern des Eingangs dort erstickt. Der Ursprung des Feuers ist nicht ermittelt.

W. Dolzig, 13. August. [Mord.] Am 11. d. M. wurde der herrschaftliche Bediente Joseph Jasinski aus Psarski bei Schrimm in dem bei Psarski gelegenen Birkenwäldchen ermordet gefunden, und seiner silbernen Uhr mit Stahlkette und gefülltem Portomonnais beraubt. Ein am 10. d. M. aus dem Gefängnisse zu Schrimm entlassenes, wegen Vagabondirens schon bestraftes Frauenzimmer, Anna Zylinska aus Borek, sehr anständig gekleidet, war am selbigen Tage mit dem p. Jasinski in dem Wäldchen gesehen worden, und liegt dringend der Verdacht vor, daß die p. Zylinska den p. Jasinski getödtet hat; ja der Verdacht bestätigt sich fast. Am heutigen Tage nahm der hiesige Gensdarm Prüssing, durch seine Bemühungen und von Schrimm aus auf den Mord und die Zylinska aufmerksam gemacht, eine silberne Uhr mit Stahlkette, wie die beschriebene, in Beschlag. Die p. Zylinska. welche im vergangenen Jahre der hiesigen Polizei schon Mühe gemacht hatte, war gestern Abend hier durch nach Posen mit der Post gefahren und hatte die Uhr für 20 Sgr. versetzt mit der Zusage, dieselbe am künftigen Freitag wieder einzulösen. Auch das gefüllte Portemonnais wurde bei ihr in Schrimm von einem Gastwirthe bemerkt.

= Kosten, 13. August. [Ministerial-Entscheidung.] In vom Usus abweichender Weise sind hier die drei evangelischen Lehrer, von denen der eine auch das Kantor- und Organisten-Amt sowohl an der Pfarr-, als auch an der Korrektions-Anstaltskirche verwaltet, zu den Unterhaltungs-Pfarrbeiträgen herangezogen.

Demzufolge hat der Rektor Seifert bei der Königlichen Regierung reklamirt, diese wies den Reklamenten jedoch auf Grund der Bestimmung zurück, daß die Lehrer nur von Kommunallasten befreit, jedoch als ordentliche Pfarrkinder zu den Pfarrunterhaltungsbeiträgen beizutragen verpflichtet sind.

Hierauf leitete 2c. S. den Rekurs bei dem Staatsministerium ein und stützte sich namentlich darauf, daß sämmtliche Lehrer bisher von dergleichen Beiträgen befreit geblieben — dies durch Verjährung zu einem historischen Rechte geworden und da auch die Geistlichen als Schulinspektoren resp. Schulrevisoren durch Erkenntniß des Obertribunals von Schulbeiträgen befreit sind, darum müßten consequenter Weise auch die Lehrer, welche die Stütze der Kirche sind — sie den kirchlichen Gesangunterricht und den Religionsunterricht direkt, oder ergänzend ertheilen, also als Kirchenbeamte anzusehen sind, auch ebenfalls von den Kirchen-Unterhaltungsbeiträgen zu befreien sein.

Das hohe Ministerium entschied nun hierauf dahin, „daß sämmtliche Lehrer der östlichen Provinzen von den Pfarrbeiträgen eben so frei zu lassen, als dies der Usus bei den westlichen Provinzen sei."

Kreis Meseritz, 12. Aug. [Cholera; Lotterie; Besetzung.] Auch der hiesige Kreis ist von der Cholera-Epidemie nicht verschont geblieben, namentlich aber ist sie in Betsche stark aufgetreten, wo diese Krankheit so manches Opfer gefordert hat. Rühmlichst muß die aufopferude Thätigkeit der Herren, Bürgermeister v. Arnim, Dr. Krause und des katholischen Geistlichen Franz Weimann erwähnt werden und zeigen sie solche bei allen Cholerakranken. Nicht minder verdient die Probsteiwirthin Theresia Weimann öffentliche Anerkennung, da sie nicht nur mit aller Hingebung Arme, welche an der Cholera erkranken, pflegt, sondern auch für die Hinterlassenen sorgt. — Bei der in Meseritz zum Besten der im Felde verwundeten Soldaten veranstalteten Lotterie ist eine Baareinnahme von 88 Thlrn. $2\frac{1}{2}$ Sgr. erzielt worden. Für diesen Betrag wurden 2 Dutzend Hemden, 2 Dutzend Handtücher, 2 Dutzend Taschentücher, $\frac{1}{2}$ Dutzend Flanelljacken, $\frac{1}{2}$ Dutzend Bettlaken, $\frac{1}{2}$ Dutzend große und 4 Stück kleine Verbindetücher, 6 Ellen Binden-Flanell, 8 Binden, 2 Schinken und eine Büchse Johannisbeer-Gelée angeschafft, welches sämmtlich mit dem Ueberschuß von 28 Thlrn. dem Central-Depot in Berlin überschickt wurde. Außerdem wurde von den die Lotterie veranstalteten Damen Holzschuher, Gleiniger, Gabel und Boretius 6 Stück alte Hemden, verschiedene Stücke Leinwand, 7 Pfund Charpie, 1 Mütze, 2 Kissen, 1 Paar Strümpfe und 1 Pfund Chokolade gesammelt und an das gedachte Depot abgesandt. — Die in unserer Nachbarkreisstadt Birnbaum durch den Tod des Predigers Felsch erledigt gewesene zweite Predigerstelle an der evangelischen Kirche daselbst ist nunmehr durch den Kandidat Hensel, der ein ausgezeichneter Kanzelredner ist, besetzt worden.

r Wollstein, 12. August. Wie ich in meinem Referat über den hier am 9. d. M. abgehaltenen Kreistag berichtet, ist der bisher eingeführte Modus bei Vertheilung der Kreiskommunalabgaben von der Majorität der Kreisstände verworfen und dagegen beschlossen worden, daß sowohl die Kreiskommunalabgaben pro 1867, als auch die aufzubringende Kriegssteuer im Betrage von 25,000 Thalern zur Hälfte nach der Klassensteuer, zu $\frac{3}{8}$ nach dem Reinertrage der Liegenschaften und zu $\frac{1}{8}$ nach der Gebäudesteuer repartirt werden soll. Dieser von 2 Rittergutsbesitzern ausgehende Antrag wurde mit 16 gegen 11 Stimmen gefaßt und gereicht sowohl den Städten als auch den Landgemeinden, den Dominien gegenüber, namentlich weil auch die Gebäudesteuer zum Theil als Maßstab beliebt worden, zum größten Nachtheile. Ganz sicherem Vernehmen nach werden daher viele Kreistagsmitglieder aus den Stadt- und Landgemeinden bei der königlichen Regierung vorstellig werden, diesem Beschlusse die Bestätigung zu versagen. Erwägt man, daß zur Gebäudesteuer des Kreises Bomst 4915 Thlr., die im Kreise befindlichen 37 Dominien 374 Thlr. die Landgemeinden 2750 Thlr. und die Städte 1791 Thlr. beitragen, so ist es leicht einzusehen, wie sehr namentlich diejenigen Stadt- und Landgemeinden, welche viele schlechte, verschuldete, mit Abgaben belastete kleine Häuser zählen, bei diesem neuen Repartitionsmaßstabe hart betroffen werden. Die ärmsten Städte des Kreises, Rostarzewo und Kiebel, und das ärmste Dorf im Kreise, Obra, zahlen mehr Gebäudesteuer, als durchschnittlich sechs Dominien. Die Gebäudesteuer ist schon deshalb für die Kreiskommunalbeiträge ungenügend, weil 1) Schulden, Lasten und schlechter Bauzustand nicht berücksichtigt werden, 2) weil in Betreff der zu den Dominien gehörigen Gebäude gesetzlich viel günstigere Grundsätze aufgestellt worden sind, als in Betreff der Stadt- und Landgemeinden, bei denen der Bruttoertrag schon größtentheils mit 4% besteuert wird, also schon hoch belastet sind, 3) weil in unseren Land- und Stadtgemeinden durch Heranziehung der Gebäudesteuer die im Interesse der Gesundheit so wünschenswerthe Baulust ertödtet wird, wobei zu erwägen ist, daß schon jetzt die vermietheten Häuser auf dem Lande und in den Städten des Kreises noch nicht 4% der Baukapitalien als Miethszins gewähren. Eine Besteuerung der Gebäudesteuer heißt also für den Kreis Bomst eine Besteuerung der ärmeren Besitzer zu Gunsten der Dominien herbeiführen und der so sehr nothwendigen Verbesserung der Wohnungen, was namentlich bei Epidemien, wie sie jetzt leider zum öftern vorkommen, einen Hemmschuh anlegen. Hoffentlich wird die königliche Regierung diesen gerechten Forderungen ein willfähriges Ohr leihen.

Vermischtes.

* In der Schlacht bei Königgrätz, in welcher bekanntlich die Artillerie stärker als in früheren Schlachten engagirt war, ereignete sich bei einer Batterie der Fall, daß ein Unteroffizier, welcher mehrere Stunden lang in dem Feuer gestanden hatte, ohne blessirt zu werden, kurz vor Beendigung der Schlacht durch einen Granatsplitter an der Backe verwundet wurde. Er zog sich deshalb zurück, um sich zu verbinden, und ein Anderer trat in seine Stelle ein. Es dauerte jedoch nicht lange, so traf diesen eine Kartätschkugel mitten in die Brust, daß er sofort zu Boden stürzte. Der Verwundete, dies sehend, eilte jetzt trotz der größten Schmerzen wieder zum Geschütz und bediente dieses so lange weiter, bis endlich der Feind retirirte. Zufälliger Weise hatte Se. königl. Hoheit der Kronprinz Gelegenheit, den tapferen Unteroffizier zu beobachten, er ritt zu dem Geschütz, wo er stand, lobte ihn für seinen Muth und ernannte ihn zum Ritter des Militär-Ehrenzeichens 1. Klasse.

* Ueber die letzten Schicksale des jetzt wohl endlich seligen Schimmels von Bronzell giebt eine Einsendung der „N. Pr. Ztg." Auskunft. Der fragliche Schimmel ruht in preußischer Erde. Derselbe wurde bei der Demobilisirung ausrangirt, durch Subskriptionen vom Offizierkorps erstanden und, um ihn vor Sandwagen 2c. zu bewahren, durch eine preußische Kugel schließlich „ehrenvoll vom Leben zum Tode gebracht." Die bei der Sektion gefundene östreichische Kugel bewahrt der Einsender noch auf.

(Beilage.)

* „Ein württembergischer Korpsbefehl.“ Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Beobachter“: Wenige Tage vor jenem berühmten Rasttag des 8. Armeekorps, an welchem die Preußen dasselbe im stillen Taubergrunde überfielen, traf bei dem schwäbischen Theile dieses Heeres einer jener Korpsbefehle ein, durch welche die württembergische Militär-Verwaltung eine weltweite Berühmtheit erhalten hat. Es ist der Korpsbefehl Nr. 99 vom 7. Juli 1866, seinen Inhalt bildet die Aufnahme der **Hunde** von Militärpersonen, behufs der **Besteuerung**. Von jeher galt es bei kriegerischen Nationen als ein Beweis des größten Muthes und der männlichsten Tüchtigkeit, wenn mitten im Sturm sich überstürzender Ereignisse, wenn mitten in den dräuendsten Gefahren das Band der Ordnung nicht um einen Zoll gelockert ward, und mit Bewunderung wird es die Welt erfüllen, wenn sie erfährt, wie mitten in den Zurüstungen zu einem das Vaterland in seiner Existenz bedrohenden Kriege das Ministerium des Krieges so viel Kaltblut sich bewahrte, daß es auch die kleinsten Sorgen nicht vernachlässigte. Während unsere braven Truppen auf unendlichen Kreuz- und Querzügen gegen die Preußen marschirten, verlor das Königl. Ministerium auf dem Charlottenplatz Nr. 6 selbst den geringsten Köter nicht aus dem Auge, der mit dem hintersten Offizierbedienten gegen Preußen zu Felde gezogen war. Einen Zug von solcher Umsicht weiß die Geschichte selbst von Carnot nicht zu berichten, der die Feldzüge der großen Armee von Paris aus geleitet hat. Welch ein Glanz fällt auf die Heldensöhne unseres Landes, denen ihr Vorgesetzter in Mitte von Strapazen und Entbehrungen aller Art zumuthen durfte, in das vorgeschriebene Protokoll seinen Dienstgrad und Namen, Gattung und Farbe seines Hundes einzutragen! Eine solche Tabelle ausfüllen und dann sterben, — giebt es ein schöneres Loos für einen Vaterlandsvertheidiger? Wahrlich ein so bis ins Kleinste wohl regierter Staat kann nicht zu Grunde gehen; er überlebt, wenn nicht andere, doch sich selbst.

Angekommene Fremde.

Vom 14. August.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Kaniewski aus Kloni, Dąbski aus Konary und Frau v. Baranowska aus Roznowo, Pastor Woth nebst Familie aus Gr. Golle, die Kaufleute Henschel aus Sommerfeld und Henschel aus Breslau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Götting aus Berlin, Walther aus Chodziesen, Schimpff aus Leipzig, v. Mayer und Fabrikbesitzer Moll aus Brieg, die Gutsbesitzer Hanke aus Jankowo und Frau Lange aus Gr. Rybno.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Gutsbesitzer Markowski nebst Frau aus Murzynowo koscielne und Pütscher aus Gembitz, Kaufmann Jaffe aus Berlin, k. k. östr. Lieutenant Geyling aus Glatz.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Gutsbesitzer Memelsdorf aus Pfaffendorf, die Kaufleute Zampner aus Bremen, Schäfer, Gebr. Löwe und Bernstein aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Brzeski aus Jablkowo, Unteroffizier Kellermann aus Gnesen, Kaufmann Wnuck aus Czarnikau, Akademiker Niemczewski aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Pągowski aus Glušzyn, Gaffke aus Groitzig, Hoffmeyer aus Dorf-Schwersenz, Seidel aus Baranowo, Petrik aus Chiby und Petrik aus Boguslawki, Rittergutsbesitzer v. Rogalinski aus Cerekwica, Landwirth Schulz aus Prusinowo, Architekt v. Brodziszewski aus Zwierzejewo, Kaufmann Vogelsang aus Berlin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 14. August 1866.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 89 Gd., polnische Banknoten 72 Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. August 43 Br., 42¾ Gd., August-Septbr. 43 Br., 42¾ Gd., Septbr.-Oktbr. 43 Br., 42¾ Gd., Herbst 43 Br. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 42½ Br., ¼ Gd., Novbr.-Dezbr. 42½ Br., ¼ Gd.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) pr. August $13\frac{11}{12}$ Gd. u. Br., Septbr. $13\frac{11}{12}$ bz. u. Br., Oktbr. 13⅝ Gd., Novbr. 13⅔ Gd., ¾ Br., Dezbr. $13\frac{7}{12}$ Gd., Januar 1867 13⅔ Gd.

Produkten-Börse.

Berlin, 13. August. Wind: NO. Barometer: 28¹. Thermometer: früh 10° +. Witterung: Leicht bewölkt und kühl.

Der Verkehr in Roggen war heute nur mäßig belebt, doch eine entschieden feste Haltung war von Hause aus erkennbar. Mit Waare geht es still und die überwiegende Kauflust für Termine ist augenscheinlich eine Folge davon, daß die Meinung sich dem Artikel mehr zuwendet.

Rüböl hat sich bei äußerst beschränkten Umsätzen im Werthe gut behauptet.

Für Spiritus gab es wenig Verkäufer und die Befriedigung einer nur mäßigen Frage führte zu sichtlicher Steigerung. Auffallend ist, daß so wenig Waare gekündigt wird, trotzdem der Report völlig geschwunden ist.

Weizen loko und Termine fest.

Hafer loko gut preishaltend, Termine höher und fest schließend.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 50—74 Rt. nach Qualität, gelber schles. 64½ Rt. ab Boden, feiner do. 69½, weißbunter poln. 67 Rt. ab Bahn bz., p. 2000 Pfd. August 64 Rt. nominell, August-Septbr. do., Septbr.-Oktbr. 64 Br., 63¾ Gd., Oktbr.-Novbr. 65 Br., 64¾ Gd.

Roggen p. 2000 Pfd. loko 80/82pfd. 49 Rt. ab Boden, neuer 48½ a 49½ Rt. bz., schwimmend entfernt 80/82pfd. 48 Rt. bz., August 47⅛ a ⅝ Rt. bz. u. Gd., ¾ Br., August-Septbr. 46½ a 45 bz., Septbr.-Oktbr. 46¼ a ¾ bz., Br. u. Gd., Oktbr. allein 46¾ a 47 bz., Oktbr.-Novbr. 45⅞ a 46¼ bz., Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 45½ a 46 bz. u. Br., 45⅞ Gd., Frühj. 45½ a ¾ bz.

Gerste loko p. 1750 Pfd. 38—43 Rt.

Hafer loko p. 1200 Pfd. 25 a 29 Rt., schles. 27 a ½, exquisit. 28 a ¼, warthebr. 25½ a 26½ Rt. bz., August 25⅝ Rt. bz., August-Septbr. 25¼ Rt. nominell, Septbr.-Oktbr. 24¾ a 25 bz., Oktbr.-Novbr. 23¾ bz., Novbr.-Dezbr. 24½ bz., Frühjahr 25 bz.

Erbsen p. 2250 Pfd. Kochwaare 50—64 Rt., Futterwaare do.

Rüböl loko p. 100 Pfd. ohne Faß 12⅓ Rt. bz., August 12⅛ bz. u. Gd., ¼ Br., August-Septbr. 12⅛ Rt., Septbr.-Oktbr. $12\frac{23}{24}$ a $\frac{1}{12}$ bz., Oktbr.-Novbr. 12 a $\frac{1}{12}$ bz., Novbr.-Dezbr. $12\frac{1}{24}$ a 12 bz.

Leinöl loko 14½ Rt. Gd.

Spiritus p. 8000 % loko ohne Faß 14⅝ Rt. bz., ab Speicher $14\frac{7}{12}$ a ⅔ bz., August $14\frac{7}{24}$ a $\frac{5}{12}$ bz. u. Gd., ½ Br., Aug.-Septbr. do., Septbr.-Oktbr. 14¼ a ½ bz. u. Br., $\frac{5}{12}$ Gd., Oktbr.-Novbr. 14¼ a $\frac{1}{12}$ bz., Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 14¼ a $\frac{11}{24}$ bz., April-Mai 14⅝ a 15 bz.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. $4\frac{7}{12}$—4 Rt., Nr. 0. u. 1. 4⅓—3¾ Rt., Roggenmehl Nr. 1. 3⅔—3⅓ Rt., Nr. 0. und 1. $3\frac{5}{12}$—3 Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. Bei erhöhten Preisen in beiden Sorten beachteter. (BHZ.)

Stettin, 13. Aug. **An der Börse.** [Amtlicher Börsenbericht.]. Witterung: Bewölkt, + 15° R. Barometer: 28". Wind: N.

Weizen höher bezahlt, loko p. 85pfd. gelber 66—72 Rt. bz., mit Auswuchs 54—64 Rt. bz., 83/85pfd. gelber pr. August 71½, ¾ bz. u. Gd., 72 Br., August-Septbr. 71¾ Br., Septbr.-Oktbr. 70, 70½ bz., Oktbr.-Novbr. 69½ Br. u. Gd., Frühjahr 68½ bz. u. Gd., 69 Br.

Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko 45—46½ Rt. bz., pr. August, August-Septbr. und Septbr.-Oktbr. 45¼—½ bz. u. Gd., 45¾ Br., Oktbr.-Novbr. 45¼ Gd., Frühjahr 45, 45½ bz.

Gerste loko p. 70pfd. neue schles. 41½—42½ Rt. bz., 70/71pfd. Oderbruch. schwimmend 41¾ bz., pr. Septbr.-Oktbr. 70pfd. schles. 40 Gd.

Hafer loko p. 50pfd. 24—26 Rt. bz., p. 47/50pfd. pr. August 27 bz., Septbr.-Oktbr. 26½ bz.

Rübsen, Winter- loko 77—81 Rt. bz., pr. Septbr.-Oktbr. 82 bz., 82½ Br.

Rüböl gut behauptet, loko 12⅓ Rt. Br., pr. August 12⅛, $\frac{5}{24}$ bz., Septbr.-Oktbr. 12 bz. u. Br., $11\frac{11}{12}$ Gd., Oktbr.-Novbr. 12 Br., April-Mai 12⅓ Gd., $12\frac{5}{12}$ Br.

Spiritus matter, loko ohne Faß $14\frac{7}{12}$ Rt. bz., pr. Aug.-Septbr. und Septbr.-Oktbr. 13⅝ bz., Oktbr.-Novbr. 13⅜ Br., Frühjahr 14½ Br.

Angemeldet: Nichts. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 13. August. [Produktenmarkt.] Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr bei beschränkten Angeboten ziemlich ruhig, Preise wenig verändert.

Weizen wurde wenig beachtet. Wir notiren p. 84 Pfd. weiße: 70—90 Sgr., gelber 70—76—82 Sgr., feinster über Notiz, neuer gelber 70—75 Sgr., geringer (ausgew.) 62—68 Sgr. bezahlt.

Roggen fand nur in feinsten Qualitäten Nachfrage, wir notiren p. 84 Pfd. 52—56 Sgr.

Gerste galt bei ruhiger Haltung p. 74 Pfd. ausgewachsene 36—39 Sgr., gelbe 40—41 Sgr., helle 42—43 Sgr., weiße 44—45 Sgr.

Hafer wurde bei matter Stimmung p. 50 Pfd. 27—30—32 Sgr., feinster bis 33 Sgr. bezahlt.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen wurden wenig beachtet, 60—65 Sgr., Futtererbsen 48—52 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken offerirt, p. 90 Pfd. 50—54 Sgr.

Bohnen waren wenig beachtet, p. 90 Pfd. 110—125 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen ohne Umsatz.

Buchweizen wenig beachtet, p. 70 Pfd. 46—52 Sgr. nominell.

Oelsaaten waren im Preise schwach behauptet, p. 150 Pfd. Brutto Winterrübsen 174—195 Sgr., Winterraps 184—206 Sgr., feinste Sorten 2—3 Sgr. über Notiz.

Schlaglein ohne Handel.

Rapskuchen gefragt, 42—44 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat blieb in alter Waare gefragt, es fehlt jedoch am Angebot.

Kartoffel-Spiritus (p. 100 Qrt. zu 80 % Tralles) $13\frac{23}{24}$ Rt. Gd.

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 13. August 1866.

	feine	mittel	ord. Waare	
Weizen, weißer	80—85	75	66—70 Sgr.	p. Scheffel.
do. gelber	77—81	75	66—70 „	
Roggen alter	54—55	53	— 52 „	
do. neuer	— —	—	— — „	
Gerste	44—45	42	40—41 „	
Hafer	31—32	29	26—28 „	
Erbsen	62—65	57	52—54 „	

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	206	196	186 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	190	180	172 „	
do. Sommerfrucht	—	—	— „	
Dotter	—	—	— „	

Breslau, 13. August. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]

Roggen (p. 2000 Pfd.) wenig verändert, pr. August 42—41½ bz. u. Gd., August-Septbr. 41¾—½ bz. u. Br., Septbr.-Oktbr. 41½—¾ bz. u. Br., Oktbr.-Novbr. 41½—¾—½ bz. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 41¼ bz., April-Mai 42¼ Gd. u. Br.,

Weizen pr. August 59 Gd.

Gerste pr. August 38½ Br. u. Gd.

Hafer pr. August 40 Br.

Raps p. August 96 Br.

Rüböl unverändert, gek. 400 Ctr., loko 11⅝ Br., pr. August 11⅔ bz., August-Septbr. 11⅔ Br., Septbr.-Oktbr. und Oktbr.-Novbr. 11½ bz. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 11⅔ Br.

Spiritus fest, gek. 10,000 Quart, loko 14 Rt. bz., pr. August und August-Septbr. 13⅝—¾ bz., Septbr.-Oktbr. 13¾ Br., Oktbr.-Novbr. 13⅝ Gd. u. Br., Novbr.-Dezbr. 13⅝ Br. u. Gd.

Zink ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission. (Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 13. August. Weizen 60—64 Thlr., Roggen 50—53 Thlr., Gerste 37—44 Thlr., Hafer 28—30 Thlr.

Kartoffelspiritus. Lokowaare nicht gehandelt, Termine stark offerirt, aber ohne Käufer, Stimmung recht matt. Loko ohne Faß $15\frac{7}{12}$ Thlr., pr. August 15½ Thlr. ohne Faß; pr. August und August—Septbr. 14⅚ a $\frac{11}{12}$ Thlr., Septbr.—Oktbr. 14⅔ Thlr. p. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Thlr. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus Lokowaare behauptet, Termine niedriger. Loko 13¾ Thlr., pr. August 13⅓ Thlr., Septbr. u. Oktbr. 13¼ Thlr. (Magdeb. Ztg.)

Bromberg, 13. August. Wind: West. Witterung: Anhaltender Regen. Morgens 9° Wärme. Mittags 12° Wärme.

Weizen, ganz gesunder 128—133pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 87 Pfd. Zollgewicht) 66—70 Thlr., feinste Qualität je nach Farbe 1—2 Thlr. über Notiz, weniger ausgewachsen 122—127pfd. holl. (79 Pfd. 27 Lth. bis 83 Pfd. 5 Lth. Zollgewicht) 48—54 Thlr., stark ausgewachsen 40—45 Thlr.

Alter Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 40—42 Thlr.

Frischer Roggen 41—43 Thlr.

Große Gerste 38—40 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 43—45 Thlr. — Kocherbsen p. Wspl. 46—48 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Rübsen 72—75 Thlr. p. 1875 Pfd. Zollgewicht.

Raps (durchaus trockene gute Waare) 75—77 Thlr. p. 1875 Pfd. Zollgewicht.

Spiritus 15½ Thlr. p. 8000 % Tr. (Bromb. Ztg.)

Wolle.

Breslau, 11. August. Das hiesige Geschäft kehrt allmählig in die gewohnten Bahnen zurück und ungeachtet der Periode der Sauren-Gurken-Zeit zeigt sich eine vielseitige, umfassende Nachfrage für unseren Artikel, welcher sehr bedeutende Umsätze zur Folge haben würde, wenn nicht einerseits die Auswahl noch eine unvollständige wäre, andererseits die Inhaber nicht ihre Forderungen fortwährend steigerten. Der letzte Wochenumsatz betrug ca. 1000 Ctnr. und vertheilte sich sowohl auf gute schlesische Einschuren von 76—83 Thlr., als auch auf polnische und posensche dergleichen von 65—75 Thlr. Abnehmer sind Saganer, Sorauer und Aachener Fabrikanten, welche im Allgemeinen 6—10 Thlr. über Juni-Markt Preise bewilligten. Neue Zufuhr ca. 1500 Ctnr. (BHZ.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 13. August, 2 Uhr 30 Minuten Nachmittags. Getreidemarkt ruhig und unverändert. Weizen auf Termine lebhaft. Pr. Aug.-Septbr. 5400 Pfd. netto 125 Bankothaler Br., 124 Gd., pr. Septbr.-Oktbr. 120 Br. u. Gd. Roggen pr. August-Septbr. 5000 Pfd. Brutto 75 Br., 74 Gd., pr. Septbr.-Oktbr. 76 Br., 75½ Gd. Oel stille, pr. August 26 Br., pr. Oktober 26 Br. u. Gd. Kaffee fest, aber ruhig. Zink 13 Mk. 4 Sch. vergebens gefordert. — Windig.

London, 13. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen zu Montagspreisen verkauft, Verkäufer verlangten vergeblich zwei Schillinge mehr; in fremdem Detailgeschäft. Gerste behauptet. Erbsen niedriger. Hafer fest. — Schönes Wetter.

Paris, 13. August, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. August 97, 50, pr. September 97, 50, pr. September-Dezember 98, 00. Mehl pr. August 65, 25, pr. September-Dezember 67, 25. Spiritus pr. September-Dezember 52, 00.

Amsterdam, 13. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen loko ab Petersburg 3 Fl. niedriger, pr. Oktober 168. Raps pr. Oktober 70. Rüböl pr. Oktober 40⅛.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Datum.	Stunde.	Barometer 195 über der Ostsee	Therm.	Wind.	Wolkenform.
13. Aug.	Nchm. 2	27" 8''' 85	+ 9°7	NNW 1-2	bedeckt Ni.
13. „	Abnds. 10	27" 7''' 79	+ 7°1	W 2-3	bedeckt. Regen.¹)
14. „	Morg. 6	27" 5''' 61	+ 7°0	SW 3	bed. St., Regen.²)

¹) Regenmenge: 23,1 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.
²) „ 91,7 „ „ „ „ „

Wasserstand der Warthe.

Ist heute nicht gemeldet.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 13. August 1866.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	96	B
Staats-Anl. 1859	5	102	bz
do. 54, 55, 57	4½	96	bz
do. 56, 1859	4½	96	bz
do. 1864	4½	96	bz
do. 50, 52 conv.	4	89	bz
do. 1853	4	89	bz
do. 1862	4	89	bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	120	bz
Staats-Schuldsch.	3½	82	bz
Kur-u. Neum. Schldv	3½	—	—
Oder-Deichb.-Obl.	4½	—	—
Berl. Stadt-Obl.	4½	95½	bz. 5% 100¼ G
do. do.	3½	79	B
Berl. Börsenh.-Obl.	5	—	—
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-Märkische	3½	81	bz
do.	4	90½	bz
Ostpreußische	3½	—	—
do.	4	87	bz
Pommersche	3½	80¾	bz
do. neue	4	90⅛	bz
Posensche	4	—	—
do.	3½	—	—
do. neue	4	89	bz
Schlesische	3½	—	—
do. Litt. A.	3½	—	—
Westpreußische	3½	78¼	bz
do.	4	85½	G
do. neue	4	—	—
do. do.	4½	93	G
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	91	bz
Pommersche	4	91	bz
Posensche	4	87½	bz
Preußische	4	90½	bz
Rhein.-Westf.	4	95½	bz
Sächsische	4	91½	bz
Schlesische	4	93	B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	46	G
do. National-Anl.	5	49¾-50	bz
do. 250 fl. Präm. Ob.	4	54	B
do. 100 fl. Kred. Loose	—	58½	bz
do. 5prz. Loose (1860)	5	58¼	bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	34	bz
do. Slb.-Anl. 1864	5	56	bz u G
Italienische Anleihe	5	51½-¾	bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	63	bz
6. do.	5	84	B
Englische Anl.	5	86	bz
N. Russ. Egl. Anl	3	53	bz
do. v. J. 1862	5	87	etw bz
do. 1864	5	90	G
do. engl.	5	88	G
do Pr.-Anl. 1864	5	80⅞	bz, u. 78½-79 bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	63	bz
do. kl.	4	—	—
Cert. A. 300 Fl.	5	89½	B
Pfdbr. n. i. SR.	4	59⅝	bz
Part. O. 500 Fl.	4	87	B
Amerik. Anleihe	6	72⅝-⅞	bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	55	B
Neue Bad. 35 fl. Loose	—	30	G
Dessauer Präm. Anl.	3½	100	B
Lübecker Präm. Anl.	3½	50¼	B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	142	G
Berl. Handels-Ges.	4	104½	bz
Braunschwg. Bank-	4	83	G
Bremer do.	4	114½	etw bz u G
Coburger Kredit-do.	4	93½	etw bz u B
Danzig. Priv.-Bk.	4	108	etw bz u B
Darmstädter Kred.	4	81½	bz
do. Zettel-Bank	4	98	B
Dessauer Kredit-B.	0	2	G
Dessauer Landesbk.	4	—	—
Disk. Komm. Anth.	4	97	Post bz
Genfer Kreditbank	4	31½	Mhr bz u G
Geraer Bank	4	106	etw bz
Gothaer Privat do.	4	99	B
Hannoversche do.	4	85½	G
Königsb. Privatbk.	4	105	G
Leipziger Kreditbk.	4	82½	B
Luxemburger Bank	4	82	B
Magdeb. Privatbk.	4	96	B
Meininger Kreditbk.	4	94	etw bz
Moldau. Land. Bk.	4	21	etw bz
Norddeutsche do.	4	116	B
Oestr. Kredit- do.	5	55	bz
Pomm. Ritter- do.	4	88	B
Posener Prov. Bank	4	100	B
Preuß. Bank-Anth.	4½	150½	bz
Schles. Bankverein	4	111	B
Thüring. Bank	4	64¾	etw bz
Vereinsbnk. Hamb.	4	108	G
Weimar. Bank.	4	98½	etw bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	110½	etw bz u G
do. do. Certific.	4½	101½	bz
do. do. (Henkel)	4	97	G
Henkelsche Cred. B.	4	97	B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	86	bz
do. II. Em.	4	83¾	B
do. III. Em.	4½	—	—
Aachen-Mastricht	4½	58	B
do. II. Em.	5	58	B
Bergisch-Märkische	4½	—	—
do. II. Ser. (conv.)	4½	96	B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76	bz
do. Lit. B.	3½	76	bz
do. IV. Ser.	4½	93½	B
do. V. Ser.	4½	93	bz
do. Düsseld. Elberf.	4	—	—
do. II. Em.	4½	95	G
III. S. (Dm.-Soest	4	—	—
do. II. Ser.	4½	95	B
Berlin-Anhalt	4	92	G
do.	4½	98	B
do. Litt. B.	4	94	bz
Berlin-Hamburg	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—
Berl. Potsd. Mg. A.	4	—	—
do. Litt. B.	4	—	—
do. Litt C.	4	88½	B
Berlin-Stettin	4½	98	G
do. II. Em.	4	84½	bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	84½	bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	95	bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	—	—
Cöln-Crefeld	4½	—	—
Cöln-Minden	4½	100	B
do. II. Em.	5	101	bz
do.	4	90	G
do. III. Em.	4	—	—
do.	4½	95	B
do. IV. Em.	4	84⅞	bz
do. V. Em.	4	82¼	bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	—	—
do. III. Em.	4½	90	G
do. 1865	4½	—	—
Magdeb. Halberst.	4½	95¾	G 1865
Magdeb. Wittenb.	3	—	— [93 bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	83	etw bz
Niederschles. Märk.	4	91	bz
do. II. c.	4	—	—
do. conv.	4	90	bz
do. conv. III. Ser.	4	91	B
do. IV. Ser.	4½	—	—
Niederschl. Zweigb.	5	—	—
Nordb., Fried. Wilh.	4	—	—
Oberschles. Litt. A.	4	—	—
do. Litt. B.	3½	—	—
do. Litt. C.	4	89½	G
do. Litt. D.	4	89½	G
do. Litt. E.	3½	79	bz
do. Litt. F.	4½	94	bz
Oestr. Französ. St.	3	236	bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	217	B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	—	—
do. II. Ser.	5	—	—
do. III. Ser.	5	—	—
Rheinische Pr. Obl.	4	—	—
do. v. Staat garant.	3½	—	—
do. Prior. Obl.	4½	94¼	G
do. 1862	4½	94¼	G
do. v. Staat garant	4½	98	G
Rhein-Nahe v. St g.	4½	93¾	bz
do. II. Em.	4½	93¾	bz
Ruhrort-Crefeld	4½	—	—
do. II. Ser.	4	—	—
do. III. Ser.	4½	90	bz
do II. Em.	4½	—	—
Starg.-Pos. II. Em.	4½	—	—
do. III. Em.	4½	—	—
Thüringer	4	—	—
do. II. Ser.	4½	—	—
do. III. Ser.	4	—	—
do. IV. Ser.	4½	98	G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	—	—
Aachen-Mastricht	4	32¼	bz
Amsterd. Rotterd.	4	106	bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	149½-51	bz
Berlin-Anhalt	4	208	G
Berlin-Hamburg	4	156	bz
Berl. Potsd. Magd.	4	205	G
Berlin-Stettin	4	125	bz
Berlin-Görlitz	4	76	bz
do. Stamm-Prior.	5	100	bz
Böhm. Westbahn	5	55	bz
Bresl. Schw. Freib.	4	136	G
Brieg-Neiße	4	96	bz
Cöln-Minden	4	149-51	bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	50	bz u B
do. Stamm-Pr.	4½	78½	B
do. do.	5	86	B
Gal. C.-Ludwg.	5	73	bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	147	B
Magdeb. Halberst.	4	198	bz
Magdeb. Leipzig	4	266	G
Magdeb. Wittenb.	4	—	—
Mainz-Ludwigsh.	4	125	bz u G
Mecklenburger	4	70	bz u B
Münster-Hammer	4	—	—
Niederschles. Märk.	4	91	bz
Niederschl. Zweigb.	4	69	G
Nordb., Frd. Wilh.	4	67½-68½	bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	164½-65½	bz
do. Lt. B.	5	147	B
Oest. Franz. Staat.	5	93-94	bz
Oest. sdl. StB (Lom)	4	101-100½-1¾	bz
Oppeln-Tarnowitz	5	75½	bz
Rheinische	4	117-18	bz
do. Stamm-Pr.	4	—	—
Rhein-Nahebahn	4	28⅞	bz
Ruhrort-Crefeld	3½	—	—
Russ. Eisenbahnen	5	74½	bz
Stargard-Posen	3½	92	bz
Thüringer	4	133½	bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	114	G
Gold-Kronen	—	9. 7½	G
Louisd'or	—	110½	G
Sovereigns	—	6. 23½	bz
Napoleonsd'or	—	5. 11¾	bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	63	G
Dollars	—	11¾	B
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 Th 29 Sgr	G
K. Sächs. Kass. A.	—	—	—
Fremde Noten	—	99½	bz
do. (einl. in Leipz.)	—	—	—
Oestr. Banknoten	—	78¾	bz
Poln. Bankbillets	—	—	—
Russische do.	—	72	bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	150	bz, ig 142 G
Berl. Eisenb. Fab.	5	94	G
Hörder Hüttenv. A.	5	108	B
Minerva, Brgw. A.	5	33	etw bz
Neustädt. Hüttenv.	4	—	—
Concordia	4	—	—

Wechsel-Kurse vom 11. August.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	7	143¾	bz
do. 2 M.	7	142⅝	bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	4½	151¾	bz
do. do. 2 M.	4½	151	bz
London 1 Lstr. 3 M.	10	6 22	bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3½	80¾	bz
Wien 150 fl. 8 T.	6	77¾	bz
do. do. 2 M.	6	77⅜	bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	6	57 6	bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	5	57 6	bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	6	99⅝	G
do. do. 2 M.	6	99⅙	G
Petersb. 100 R. 3 W.	6	78¾	bz
do. do. 3 M.	6	77¾	bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	5	110¾	bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	71	bz

Die Börse begann fester und beruhigter und entwickelte in den meisten Papieren ein ziemlich reges Geschäft; in der zweiten Hälfte, nach dem Eintreffen der „Constitutionnel"-Depesche, wurde die Haltung noch fester; das Geschäft aber eben wegen der größeren Festigkeit der Inhaber geringer. Schwere Eisenbahnen waren beliebt, preußische Fonds etwas nachgebend.

Breslau, 12. August. Die Börse verkehrte heute in festerer Haltung, doch nur für Eisenbahnaktien, während Fonds die letzten Kurse behaupteten; Geschäft beschränkt.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien —. Oestreich. Loose 1860 59 B. dito 1864 —. dito neue Silberanleihe A. —. Amerikaner 73-72¾ bz u B. Schles. Bank-Verein 109¾ bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger-Aktien 136 B. dito Prior.-Oblig. 90¼ B. dito Prior.-Oblig. Lit. D 94¼ B, 93¾ G. dito Prior.-Oblig. Lit. E. 94¼ B, 93¾ G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. dito 5. Em. —. Neiße-Brieger 97 G. Oberschlesische Lit. A. u. C. 165½ bz u G. dito Lit. B. —. dito Prior.-Oblig. 90½ B. dito Prior.-Oblig. $94\frac{7}{12}$ B, $94\frac{1}{12}$ G. dito Prior.-Oblig. Lit. E. 79¾ B. Oppeln-Tarnowitzer 76½ B. Kosel-Oderberger 50½ B. dito Prior.-Oblig. —. Oestr. neue Banknoten —. Russische Banknoten —. Warschau-Wien —. Minerva-Bergwerks-Aktien —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen,